

Wolfgang Fritz Haug

Die Welt zerfällt, die Mitte hält nicht mehr?

Zur Krise des Politischen im Interim zweier Weltordnungen. Editorial

Vorbemerkung

Synonyma: Realismus und Revolution,
Symbolismus und Sklaverei.
(Alfred Andersch 1948, 1145)

»Die Welt zerfällt, die Mitte hält nicht mehr« – in dieser Zeile aus William Butler Yeats' Gedicht »Das zweite Kommen« von 1919, dem Jahr, das in Deutschland mit der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts begonnen hatte, meint die Zwischen-Zeit, aus der und über die im Folgenden gesprochen werden soll, sich wiederzuerkennen. Yeats malt das Androhende als das aus Wüstensand aufschimmernde »Bild eines Löwen mit Kopf eines Mannes, / Wie Sonne starrend sein Blick, verschlossen und grausam« und endet mit der dunklen Frage:

*Und welch rüdiges Tier, des Zeit nun gekommen,
Kreucht, um geboren zu werden«, auf Bethlehem zu?*

Der synkretistische Symbolismus, in dem Yeats jene Angst von vor hundert Jahren mystisch zum Ausdruck bringt, verdeckt und bezeugt zugleich die Konkretionsunfähigkeit des unheildrohenden Grundgefühls, vergleichbar den präfaschistischen Filmen des pseudokonkreten Bösen.

In gewisser Weise ist die gegenwärtig sich verbreitende Grundstimmung verwandt mit jener Angst. Gerade dass auch sie so diffus und begriffslos ist, macht sie anfällig, in pseudo-konkrete¹ Wut und Hass umzuschlagen. Die Weltlage scheint mit einem Unheil schwanger zu gehen, für das es noch keinen klaren Begriff gibt. Mehr und mehr macht sich der Eindruck breit, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen auf »eine präfaschistische Phase [weisen]« (Foroutan 2018)², in deren öffentlicher Verhandlung »rastlose Kritik und völlige Untätigkeit sich pulsierend abwechseln« (Haberkorn 2018).³ Nach Geoff Eley (2016) wäre es ein Faschismus,

1 Den für die Kritik des Alltagsverstands und seine Entwicklung zum im Wortsinn *gesunden* Menschenverstand außerordentlich wichtigen Begriff des Pseudokonkreten hat Karel Kosík (1967) ausgearbeitet. Vgl. dazu Klaus Holzkamps Rezeption in: *Sinnliche Erkenntnis* (1973), Schriften IV, 337ff.

2 Im Lichte von Fritz Sterns Analyse zum Präfaschismus lässt sich »durchaus behaupten, dass die sich überbietende Rede von »Rechtsbruch«, »Unrechtsstaat« und »illegaler Masseneinwanderung«, die in unterschiedlicher Intensität seit 2015 von AfD und CSU geführt wird, präfaschistische Züge trägt« (Haberkorn 2018)

3 »Vielleicht macht das den Präfaschismus aus«, reflektiert Haberkorn, dass in »diesem Zustand [...] beide Wahrnehmungen richtig sind. Das heißt natürlich auch, dass die Lage verschieden ausgehen kann. Geschichte ist nicht vorherbestimmt.« (Ebd.)

der im Gegensatz zu dem des 20. Jahrhunderts, keine strahlende Zukunft, sondern die Restauration der Verhältnisse vor der Globalisierung anstrebt, also kein nachhaltiges Projekt für Deutschland in der Welt des transnationalen Hightech-Kapitalismus hat, um es in unserer Sprache zu sagen. Enzo Traverso spricht angesichts dessen und der Ersetzung des antijüdischen durch das antiislamische Hass- und Angstobjekt von »Postfaschismus«, was »dieser transitorischen Etappe« entspreche (2017, 636). Sollten wir am Ende gar »Prä-Postfaschismus« sagen? Die zum Paradox gefrorene Dialektik dieses Un-Namens würde immerhin auf eine untergründige Konstellation von Widersprüchen hindeuten, für die noch keine progressive Bewegungsform gefunden ist.

Eingangs bedarf es einer Erläuterung der Herangehensweise, danach einer Retrospektive auf das, was 2018 unterm Decknamen »Flüchtlingskrise«⁴ der Bundesrepublik einige Wochen lang mit einem Anflug von Unregierbarkeit den Atem verschlagen hat. Verlangt ist der Versuch, in sozialweltlich-realistischer Prosa konkrete Determinanten der abstrakten Bedrohung zusammen mit solchen eines Widerstands-nach-Vorn namhaft zu machen. Letzteren signalisiert unser Titelfoto, das von einem der tätigen Zeichen gegen die Abschottung des nach rechts treibenden Europas stammt.⁵

1. Zur Herangehensweise

Was ist das Politische an der Politik? Die Frage scheint absurd, doch der Schein zergeht, wenn man sich fragt, ob Techno- oder Bürokratie Politik sind. Ist »marktkonforme Demokratie« Politik? Oder genauer, was ist noch politisch an ihr? Politik nimmt sich der Fragen gesellschaftlichen Zusammenhangs und Zusammenhalts sowie nach Ressourcenverteilung und -verwendung an, die von den Gesellschaftsmitgliedern kontrovers gestellt und in staatlich reproduzierten Klassengesellschaften umkämpft werden. Insofern sich die Fragen als Forderung an den Staat richten, ist dessen Antwort, wie sie der je aktuellen Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in ihm entspricht, integraler Teil des Politischen. Aber Quelle des Politischen

4 Die sog. »Flüchtlingskrise« ist »genau betrachtet keine Krise der Flüchtlinge, sondern eine Krise der Politik im Umgang mit dem Fluchtgeschehen«. Zu den Ursachen zählen auch militärische Interventionen externer Mächte (beispielsweise in Afghanistan, Libyen, Syrien), die oft zur Krisenverschärfung und zum Staatszerfall führten: »Wer über Fluchtursachen redet, darf über das Debakel der westlichen Militärinterventionen nicht schweigen.« (Johannsen u. a., *Friedensgutachten 2016*)

5 Es zeigt die 60 Meter hohe Kolumbus-Statue am Hafen von Barcelona, worauf zwei Kletterer dem in Richtung der Neuen Welt ausgestreckten Arm der Statue eine große Rettungsweste mit der Inschrift »Open Arms« überstreifen. So heißt das Rettungsschiff der gleichnamigen katalanischen Rettungsorganisation, das mit 60 schiffbrüchigen Flüchtlingen an Bord über eine Woche lang im Mittelmeer herumirren musste, weil es weder in Malta noch in Italien landen durfte. »Der Initiative von Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau war es zu verdanken, dass die Menschen in Katalonien an Land gehen konnten. Die Ankunft des Schiffes geriet zu einer Feier, bei der die Stadt ihre Weltoffenheit zelebrierte. »Wir stehen für eine Politik der Menschlichkeit. Die Europäische Union sollte, statt ihre tödliche Politik weiterzuführen, endlich machen, was die *Open Arms* seit langem tut: Menschenleben retten«, sagte Colau auf der Pressekonferenz zur Ankunft der Geflüchteten« (Hillebrand 2018).

ist die konstituierende und im äußersten Fall destituierende Macht der Gesellschaftsmitglieder, nicht die konstituierte des Staates (vgl. dazu Möller in diesem Heft). Politik erschöpft sich nicht im Staat, und vieles von dem, *was* Staaten oder *wie* sie es tun, und so manches *Mittel*, das sie einsetzen, ist nicht politisch im strengen Sinn und dient oftmals gerade dazu, das originär Politische niederzuhalten.

Der Boden, auf dem all dies spielt, ist Marx zufolge die Weise, in der die Menschen ihr Leben produzieren, die Produktionsweise als der widersprüchliche Zusammenhang von persönlichen wie sachlichen Produktivkräften im Rahmen gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse. Eine wissenschaftlich-technische Revolution wie die auf Basis der Informatisierung vor sich gehende der Gegenwart wird demzufolge die politischen Verhältnisse erschüttern, wie sie überhaupt das Ensemble aller Sphären, Formen und Instanzen des gesellschaftlichen Lebens betrifft, die individuellen nicht weniger als die kollektiven oder die institutionalisierten. Ob – und wenn ja, was – diese Annahme, die erstaunlicherweise von den meisten linken Gegenwartsanalysen ausgeblendet wird, zum Verständnis dessen beiträgt, dass jenes Ensemble in Bewegung und die politischen Verhältnisse in fast allen Ländern des industrialisierten Westens – wie dieser selbst – aus den Fugen geht, soll in den folgenden Analysen auf die Probe gestellt werden.

Die möglichen Gefahren des von der weiterschwärenden Großen Krise von 2007ff geprägten Szenarios lässt ein vergleichender Blick auf die Große Krise des fordistischen Kapitalismus von 1929ff erahnen. Der Einfachheit halber entnehme ich ihn der Einleitung zu meinem Buch *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise* von 2012 (9):

Den transnationalen Hightech-Kapitalismus hat seine Große Krise im gleichen Alter ereilt wie achtzig Jahre zuvor den Fordismus die seine. Und wie damals dieser hat er seine Potenziale noch nicht ausgereizt. Eher als das von manchen vermutete Endspiel des Kapitalismus stehen die Weiterbildung seiner Ordnungsmuster im Weltmaßstab und seine innergesellschaftliche Einbettung an. [...] In den Jahren nach 1929 gebar die Große Depression in Deutschland die Ungeheuer des Nazismus, der Judenverfolgung und des Zweiten Weltkriegs. In den USA verhinderte der New Deal ›allenfalls politische und soziale Aufstände [...]. Niemand bekam in den 1930er Jahren die Krise wirklich in den Griff.« (Hobsbawm 2009) Erst aus der mit Schulden finanzierten Kriegswirtschaft, dem Sieg der Alliierten sowie in den vom Krieg hinterlassenen Trümmern und in der antagonistischen Ordnung des Kalten Krieges konnten die knapp drei ›goldenen Jahrzehnte‹ des Fordismus⁶ mit seinem Sozialstaatskompromiss hervorgehen – parallel, bei allen Unterschieden, im Westen und Osten des geteilten Europa.

Nun sind wir Zeugen der *politischen* Krise des Hightech-Kapitalismus. Der politische Überbau »entspricht« nicht mehr dem wirtschaftlichen Strukturprozess. Vor allem aber finden sich wachsende Teile von dessen zivilgesellschaftlichem ›Wirt‹, der Gesellschaft und mit ihr der konstituierenden Macht des Politischen, von ihren Reprä-

6 Nicht vergessen werden soll, dass ›der Westen‹ während seiner Goldenen Jahre Unterdrückungskriege gegen die nationalen Befreiungsbewegungen im ›globalen Süden‹ führte, emblematisch der Vietnamkrieg.

sentanten nicht mehr repräsentiert und lehnen sich dagegen auf. Mangels progressiver Alternative geschieht dies oft in reaktionärer Form. Mit der Trumpwahl Ende 2016 ist die Krise des Politischen inzwischen als Weltzustand manifest geworden.⁷ Die Weiterbildung der Ordnungsmuster des transnationalen Hightech-Kapitalismus im Weltmaßstab hat sie ebenso erfasst wie seine je innergesellschaftliche Einbettung. Die schöpferische Zerstörung ist zunächst vor allem Zerstörung bzw., neu-deutsch, *Disruption* (vgl. dazu *Drt*). Disruptieren oder disruptiert werden, lautet die zeitgemäße Aktualisierung der Konkurrenz. Mit dem Charakter einer historisch, *zwischen zwei Weltordnungen*, interimistischen Notlösung, den Andrés Musacchio (2017, 44), gestützt auf Peter Wahl 2012, den in Reaktion auf die Weltfinanzkrise gebildeten G20 zuspricht, eher Kampfarena als Kooperationsforum darzustellen, lässt sich die gegenwärtige Weltsituation insgesamt kennzeichnen.

So steht es mit der Rahmensituation unseres Untersuchungsobjekts. Was aber das *Wie* der folgenden Versuche betrifft, scheint eine letzte Bemerkung angebracht. Exemplarisch lässt dieses *Wie* sich am Umgang mit Angela Merkel verdeutlichen. Was einige als »merkeln« abfertigen,⁸ ist für uns Gegenstand einer Untersuchung, die Merkels Regierungshandeln ernst nimmt, indem sie vor allem auf die objektiven Widersprüche und das Spiel der Gegensätze achtet, in denen es – wie alles politische Handeln – sich bewegen muss. Der Standpunkt marxistischer Analyse ist keiner jenseits der Widersprüche oder über ihnen. Uns interessieren die Sprünge in einem Ablauf, die Dynamik der Kräfteverhältnisse und das Ringen in ihnen, kurz, die Dialektik, diese aber im metaphysikfernen Sinne des reifen Marx, der sie in der überarbeiteten Fassung seines Hauptwerks auf die Formel bringt, alles Gewordene im Flusse seiner Bewegung zu fassen.

An Merkel interessiert uns ihre politische Arbeit. Wie verhält sie sich in Verhältnissen, die gegensätzliche Anforderungen an sie stellen, und wie hält sie selbst sich dabei. Besonders interessiert uns die ihrem Handeln innewohnende *praktische Dialektik*. Diese Frage bringt uns immer wieder auf Einsichten, die gängiger Merkel-Kritik, aus welcher Richtung auch immer, widersprechen. Aber was wir verteidigen, ist nicht die Kanzlerin und deren Politik, sondern die einzig praxistaugliche kritische Analyse derselben. Entsprechendes gilt für John Neelsens Kritik der üblichen Trump-Schelte, die im Zuge »der (wie immer berechtigten) Kritik an dessen Person und seinem Auftreten« zugleich dessen »Programm (und seine Wähler), darunter auch den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung, sinkende Einkommen, Prekarität [desavouiert], statt deren Ursachen und Lösungsvorschläge

7 »Innerhalb von nur 25 Jahren ist die Suprematie der westlichen Industrieländer, einschließlich der USA, im Gefolge transnationaler kostenminimierender Produktions- und Lieferketten, Delokalisierung und ausländischer Direktinvestitionen dahingeschmolzen« (Neelsen 2018, 2), nicht verschwunden zwar, aber geschwunden.

8 Über die Regierungsparteien zu sagen, sie »merkelten« trotz Stimmeinbußen 2017 »beharrlich weiter, wo sie vor der Wahl aufgehört hatten« (Wagenknecht), besetzt den Platz begrifflicher Kritik. Auch ist Beharrlichkeit bei Gegenwind kein Einwand, sondern eher Reifeprobe. Aus AfD-Mund hingegen fügt sich der Personalpejorativum, laut dem der Mörder von Kandel sich in die BRD »hineingemerkelt« habe, zur Hetze.

zu diskutieren.⁹ Gleichfalls wurde die ursprünglich an einer Verständigung mit Russland orientierte außenpolitische Wende Trumps — geradezu in der Art des McCarthyismus — aufs Korn genommen.« (Neelsen 2018, 8)¹⁰

Als 2011 bei der Bundestagsdebatte über die Einrichtung des Euro-Rettungsfonds (EFSF) Finanzminister Schäuble gewarnt hatte, bei Fragen wie Stützungskauf von Staatsanleihen seien oft schnelle Entscheidungen erforderlich, die man — um der Stabilisierung der Finanzmärkte willen — nicht zuvor öffentlich erörtern dürfe, versprach Merkel, das »Kernrecht des Parlaments« in Haushaltsfragen sicherzustellen, ohne dadurch die Funktionsfähigkeit der EFSF zu beeinträchtigen. »Insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet ist, dass sie trotzdem auch marktkonform ist« (zit.n. Löwenstein 2011). Es ist ein klassischer Fall von Handeln unter Widerspruchsbedingungen. Im doppelten Widerspruch zwischen Politik gegen Markt einerseits und nationaler gegen europäisch-supranationaler Entscheidungsebene andererseits war im Sinne parlamentarischer Mitbestimmung eine Lösung zu suchen. Merkel sah sich vor der Aufgabe, gegen den Markt in Gestalt des spekulativen Finanzkapitals die Handlungsfähigkeit des Rettungsfonds, zugleich jedoch gegen dessen übergeordnete EU-Ebene die Politikfähigkeit des Bundestags sicherzustellen, ohne durch vorzeitigen Einblick in operative Einzel Eingriffe in den Finanzmarkt der Finanzspekulation Tür und Tor zu öffnen. Sie proklamierte also weder marktkonforme Demokratie als Zielsetzung, noch wurde von ihr dem Parlament die Entmachtung angekündigt.¹¹ Ihr Aufgabenverständnis war immanent, im Rahmen ihres politischen Projekts triftig, ihre Formulierung nicht. Niemand würde bei seiner Sicherung vor einem Gegner sagen, er verhalte »sich gegnerkonform«. Sie hätte nicht nur richtig handeln, sondern von den Widerspruchsbedingungen sprechen müssen, wie es jede kritische Analyse und auch jedes Projekt einer progressiveren Politik tun muss. Den Markt nicht als Problem anzusprechen, war neoliberalismuskonform. Doch der Merkel zugeschriebene Ausdruck »marktkonforme Demokratie« stammt jedenfalls nicht von ihr. Zu verantworten hat sie dagegen die »wählerkonformen« aber europaschädlichen Blockierungen der für die Stabilisierung der EU spätestens in der Großen Krise gebotenen »gemeinsamen politischen Rahmenplanung« sowie der »entsprechenden Transferzahlungen und einer wechselseitigen Haftung der Mitgliedstaaten« im Rahmen einer die »nationalen Grenzen durchkreuzenden Interessenverallgemeinerung« durch ein gestärktes europäisches Parlament (Habermas 2013, 65).

9 So heißt es etwa in der FAZ, Trump vollstrecke »die Ressentiments seiner Wähler, die sich an Handel und Strukturwandel entzünden« (Frankenberger 2018).

10 Dass damit wie auch mit dem Merkel zugeschriebenen Konzept der »marktkonformen Demokratie« (siehe dazu w.u.) die Allgemeinaussage vom »zunehmenden Fassadencharakter der Demokratie« belegt sei, wie Neelsen meint (ebd.), überzeugt nicht.

11 »Die marktkonforme Demokratie als Zielsetzung: Das war auch ans eigene Parlament adressiert, dem so die Entmachtung angekündigt wurde.« (Brunkhorst 2017, 55) Vgl. das abschließende BVerfG-Urteil vom 19. Juni 2012, in dem das Entscheidungsrecht des Bundestags bei strukturellen Grundfragen bekräftigt wurde. Von operativen Einzelentscheidungen des betreffenden Fonds ist dabei wohlweislich nicht die Rede.

2. Rückblick auf die ›Flüchtlingskrise‹ von 2015

Bereits der erste Akt von 2015 der deutschen Aufführung dieses Dramas spielte »im Rahmen eines vielfach verschachtelten, umfassenden Geschehens, das in der veröffentlichten Vorstellung der Dinge nur gelegentlich – und wenn, dann marginal – auftaucht und von dem Wort ›Flüchtlingskrise‹ angstschürend verdeckt wird« – so orteten wir es 2016 (*DdF*, 461). Mag also das *Wort* ›Flüchtlingskrise‹, gemessen an der Komplexität jenes »den politischen Akteuren aus dem weiteren Weltzusammenhang zufallenden Geschehens« (ebd.), ein *Deckwort* gewesen sein, wie wir im Anschluss an den psychoanalytischen Begriff der »Deckerinnerungen« sagen können (Freud, 13. *Vorlesung*, SA I, 205), so erhält er im Rückblick auf die Grenzöffnung von 2015 eine unmittelbare sinnliche Evidenz, auch wenn sich an dieser eine jener *falschen Evidenzen* ausbildete, bei welchen »eine Reihe nicht notwendig miteinander zusammenhängender Annahmen ein Aussagegeflecht bilden« (Haug 1999, 26). Beredet wurden »allenthalben die Erscheinungsformen, nicht die Verschiebungen im Untergrund« (7 *Sätze*, 297). Der konservative, alsbald von rechtsaußen entzündete Scheiterhaufen für die Bundeskanzlerin wurde aus den oberflächlichen Evidenzen des historischen Moments errichtet, der in Wahrheit aber »kein Anfang, sondern ein ›Kulminationspunkt‹« war; und Angela Merkel wurde in der FAZ »zur Urheberin des in jenem Kulminationspunkt *Unaufhaltbaren* erklärt, das diese, bei Lichte betrachtet, gesellschaftlich-politischer Bearbeitung zugeführt hat« (*DdF*, 461). Zwar zog der Staat sich momentan zurück, doch war es ein strategischer Rückzug. Fieberhaft sollte er die Kräfte und Formen entwickeln, die ihn zu alsbaldiger Rückkehr befähigten.

Ein erster Widerspruch jener konjunkturellen Strategie war es, eine Bürokratie mit der Notwendigkeit der Improvisation zu konfrontieren; ein zweiter, ihr die Kooperation mit einer zivilgesellschaftlichen Solidaritätsbewegung zuzumuten. Denn Millionen Deutsche engagierten sich in neuartiger privat-öffentlicher Partnerschaft der – passend zum Decknamen der Situation so genannten – ›Flüchtlingshilfe‹. Aber beides waren ›lebendige‹ Widersprüche eines geschichtlichen Moments, in dem die hinter den Ereignissen herastenden Veränderungen Versäumnisse der letzten beiden Regierungen unter Merkel wettmachen mussten.

Im Kulminationsmoment selbst aber hatte Merkel ihre Probe auf die Dialektik des historischen Prozesses bestanden. Sie ›surfte‹ auf der ›Flüchtlingswelle‹, ohne von ihr überrollt zu werden, und die soziale Solidaritätswelle half ihr, die Reaktionswelle vorübergehend zu neutralisieren. Unsere zweite Analyse von 2017 schließt mit der gewagten Antizipation, Merkel werde mit ihrer Politik »das Land fähiger gemacht haben, auf dem innerkapitalistischen Weg einer im atlantischen Block ›führend-subalternen‹, industriell-exportorientierten Mittelmacht fortzuschreiten«. Zugleich jedoch im Gegenzug: »Eine begriffslose Ahnung davon, dass diesem Weg die verbleibende mögliche Geschichtszeit zerrinnt, mag eine Quelle der aus Angst- und Ohnmachtsgefühlen gespeisten Wutwelle sein, der zu begegnen [...] es eines noch nicht absehbaren neuen Schachzugs praktischer Dialektik bedürfte.« (*DdF*, 465)

Im ›Zweiten Akt‹ von 2018 geht es nun eben um Merkels nächste Probe. Sie vollzieht sich in einer in ihrer Intensität und Bedrohlichkeit damals noch nicht absehbaren Reaktion auf die erste. Ihre Dynamik und deren untergründigen Triebkräfte werden wir wiederum im Lichte des »Spiels der Gegensätze« (Liedman 1986) betrachten, da uns die Analyse der Praxis immer neu darin bestärkt, dass alles, »was mit Konflikt, Zusammenstoß, Kampf zusammenhängt, ohne materialistische Dialektik keinesfalls behandelt werden« kann (Brecht, GA 23, 376) – genauer gesagt, nicht ohne Dialektik der Praxis bzw. die *praktische Dialektik* als die Schnittstelle von theoretischer Analyse und dem, was je konjunkturell an »befreiender Beweglichkeit« im politischen Handeln erreichbar ist (Haug 2008, 31).

3. Dialektik der ›Flüchtlingskrise‹ – zweiter Akt

Als ließe sich die Welt so zerstückelt begreifen. Als wären nicht schon die Stücke falsch: weil sie als solche ihre Geschichte vergessen machen und ihre Abhängigkeit zum Ganzen. (A. Schmidt 2016, 2)

Zwei Jahre später hatte das Wort ›Flüchtlingskrise‹ seinen wenigstens oberflächlichen Sachgehalt verloren. Wieder surfte die Bundeskanzlerin auf einer Welle. Doch diesmal war es die Rückprall-Welle, und Merkel bewegte sich gefährlich nah am Kipp-Punkt. Die Konstellationen des Moments gaben keinen spektakulären Zug aktiver Dialektik her. 2015, als sie zum unabwendbar Herantreibenden ihr *So sei es!* sprach, schien sie auf den ersten Blick die Triebkraft des Geschehens, drei Jahre später, von der CSU vor sich hergetrieben, die Getriebene. Dieser Anschein beförderte den Eindruck, dass »das System Merkel nun kollabiert« (Ulrich 2018). Doch was aussah wie ihr Sturz im Zeitlupentempo, war ihr Ringen um die Änderung der Kräfteverhältnisse in Europa.

Es gemahnte an Tauziehen, bei dem ja das Tau der Leiter momentan geballter Kraft und Gegenkraft ist. Die Journalisten rätselten: Waren Merkels Beherrschtheit und Seehofers aufs Größte zur Schau gestellte Entschlossenheit, bis zum Äußersten zu gehen und das historische ›Zentrum‹ der bundesdeutschen Politik auseinanderbrechen zu lassen, nur zwei Formen von Pokerface, eingesetzt im Spannungsverhältnis zu den verdeckten Karten? Bei der CSU war die verdeckte Karte, ob sie es auf den Bruch mit allen zu erwartenden Folgen ankommen lassen wollte – vorausgesetzt, ihre Führung hatte die Effekte intern bis zum schlimmstmöglichen Szenario durchgesprochen. Die FAZ reduzierte derweil die Regierungskrise auf den Gegensatz zwischen National egoisten und europäischen Traumtäänzern. »Es war höchste Zeit«, bekräftigte die FAZ am 18.6.18 die CSU-Forderung nach nationalem Alleingang (Altenbockum). Helmut Kohl, der »wahrhaft europäische Staatsmann«, habe »allein« gehandelt und sei vorgeprescht, pflichtete ihm Reinhard Müller bei und nahm Maß am Wankelmut der »vielen biegsamen Abgeordneten [der CDU], die bei Bedarf für jede Rückenstärkung [für Merkel] oder das Gegenteil zu haben sind«. Diese Charakterisierung der Volksvertreter liest sich wie eine Rückspiegelung zweier der vielen »biegsamen« Journalisten

(nicht nur der FAZ), die im Verlauf des nervenzerreibenden Kräftermessens bewiesen, dass auch sie bei Bedarf für das Eine oder sein Gegenteil zu haben waren. War also Merkel im Unterschied zu Kohl kein »wahrhaft europäischer Staatsmann«?

Den Regierenden – im weiten, die Führung von Massenorganisationen und -bewegungen, ja sogar von Unternehmen einbeziehenden Sinn – stellt sich an allen Ecken und Enden die Notwendigkeit, in Widersprüchen zu handeln. Das ist in der Regel etwas anderes, als Widersprüche zu lösen. Sie zu lösen hieße, sie aufzulösen. Zumal Antinomien sind schon ihrem Begriff nach unauflösbar. Aus Merkels Handeln sprach wie schon 2015, dass sie mit unauflösbaren Widersprüchen zu operieren vermag. Aktuell galt es, im Umgang mit der Migration zwei miteinander konfligierende Notwendigkeiten zusammenzuhalten – und zwar sowohl Europas als auch Deutschlands, die beide in dieser Frage gespalten waren. Merkels Kontrahent versuchte, wie ein deutscher Trumpf aufzutreten: nationale Lösung zuerst! Er berücksichtigte nicht, dass Merkels Standpunkt seine Position insofern mitenthhielt, als sie deren unmittelbares Ziel der Verhinderung der gegen die europäischen Regelungen verstößenden Zuwanderung teilte, allerdings bei Verfolgung dieses Ziels deutsche und europäische Interessen verknüpfen musste. Wo Merkel Seehofers Position umfasste, schloss dieser die ihre aus – und verließ damit den Rahmen des momentan real Möglichen. Unter den Beobachtern verfestigte sich derweil die symmetrische Interpretation einer beschämenden »Streiterei zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer« (Schulze 2018). Doch Merkel ging mit dem objektiv-konjunkturellen Gegensatz um, Seehofer bestand auf einer Seite desselben. Merkel verweigerte sich der polaren Gegensätzlichkeit, die er ihr antrug. Indem ihr Handeln mit einer Antinomie operierte, umfasste sie seine Position. Doch die Widersprüche legte sie nicht öffentlich auseinander, und die Dialektik ihres Kampfes war für sie kein Thema. Es auseinanderzulegen wäre im besten Sinne volksbildend gewesen, da dieselben Widersprüche ja doch auch von den Menschen gelebt werden mussten.¹² Stattdessen beschränkte sie ihre Erklärung auf den Punkt, nicht im nationalen Alleingang zu verfahren, sondern die europäischen Partner einzubeziehen. Vorzuwerfen ist ihr, dass sie die Ablenkung von den anderen großen Krisenfeldern wie Klimaschutz, Abbau von Ungleichheit und weltpolitische Reorientierung angesichts des Zerfalls des Westens durch die Konzentration auf Nebenfragen der Migrationsproblematik nicht aussprach, und sie tat dies nicht, weil in all diesen Fragen den von ihr bisher geführten Regierungen Versäumnisse vorzuwerfen waren. Vollends bedrängend war, dass »von den Parteien, die man im weiteren Sinne noch als ›links‹ bezeichnen könnte – keine substanzielle Gegenposition vorgebracht wurde« und dass so, »die Debatte vor einen anderen Horizont zu stellen, unterblieb« (Schulze 2018).

12 Zu spät für die Dramatik des Moments plädierte Mark Siemons in einem bedenkenswerten Artikel, mit dem ihn die Sonntags-FAZ auf die hinteren Seiten verbannte, für einen Liberalismus, der zu der praktisch-dialektischen Grätsche fähig wäre, dass er »die Gegenwart [...] aus der verzweifelt Perspektive vieler Flüchtlinge begreifen [würde] und zugleich aus der Verbitterung vieler Alteingesessener« (2018, 37). Den zu Grunde liegenden Widerspruchskomplex legt er nicht auseinander.

Die Mainstream-Medien verdoppelten den Schein des Armdrückens. Während Merkel eben jene erschöpfende Arbeit machte, die Bedingungen im europäischen Umfeld im Sinne einer partiellen Wiederherstellung innereuropäischer Multilateralität in der ›Flüchtlingsfrage‹ zu verändern, zeigten ZDF und ARD die Kanzlerin immer wieder im Ermüdungsmodus, als ›lahme Ente‹, statt in der berichteten Handlung. Vielleicht hing das damit zusammen, dass von vielen der Umgang mit Widersprüchen, weil er auf Selbstrelativierung beruht, als Schwäche ausgelegt wird. Doch hier irrten sie sich gewaltig. Auch wenn Merkel bisher gewiss nicht als große Europapolitikerin hervorgetreten ist, bewies sie doch ›philosophisch‹ regierte Kraft, also politische Handlungsfähigkeit.¹³

Seehofer schien diese Fähigkeit bei Merkel wahrzunehmen, freilich nur von Pokerface zu vermeintlichem Pokerface. Er verließ »sich offenbar darauf, dass die Frau, die es seit fast 13 Jahren mit Menschen vom Schlage Putins, Erdogans und Trumps aushält, sich nicht so schnell von ein paar Beschimpfungen beeindrucken lässt«, wie die biegsame FAZ zwei Wochen nach den gesenkten Daumen der Altenbockum und Müller registrierte (Frasch u. a. 2018). Im aktuellen Fall machte Merkel sich Seehofers unbeherrscht wirkenden, falls nicht kalkuliert rüpelhaft vorgetragenen Druck zunutze, indem sie ihn indirekt auf die anderen europäischen Regierungen wirken ließ bei der Behandlung eben der Sache, in der sie selbst sich mit der CSU partiell einig war. So beherrschte ihre Selbstbeherrschung den unauf lösbaren Widerspruch dahingehend, dass sie ihn am Explodieren hinderte, indem sie ihn einspannte. Bis zum Umschlagspunkt ließ sie den zur Explosion treibenden Druck die widerspenstigen Akteure zum fälligen Handeln treiben.

Hinterher rieb man sich die Augen. Worum ging der Streit? Um täglich acht Personen an der bayrischen Grenze, die die CSU zurückweisen, aber Österreich nicht aufnehmen wollte? Die nadelfeine Differenz, an der die Regierung der BRD um ein Haar gescheitert wäre, war die Frage, was angesichts der durch jene Zwickmühle aufgegebenen Notwendigkeit zu tun war: mit den Nachbarländern entsprechende Vereinbarungen zu treffen und diese in einen europäischen Rahmen einzubetten. Betrieb also die CSU angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen ein Manöver nach »Kayfabe«-Art (Ruoff 2017, 238), sprich: nach Art des Schaukampfs mit bloßem Echtheitsschein? Ja und nein, denn der von ihrem Vorsitzenden gegen die Bundeskanzlerin als deren Innenminister auf Biegen und Brechen und mit realem Risiko geführte Konflikt lässt sich als Symptomhandlung begreifen, Ausdruck der Erwartung des Scheiterns der jahrzehntelang bewährten Konzeption von Franz Josef Strauß, die CSU so weit nach rechts offen zu halten, dass dort keine zweite Partei sich dauerhaft würde halten können. Jetzt steckte der Schock aus dem Bundestagswahlkampf von 2017 in den Knochen der CSU, als ein Strauß-Konterfei plakatiert wurde mit der Legende, heute würde Er die AfD wählen. Im Konflikt mit der Bundes-

13 In ihrem verfrühten Abgesang auf Merkels Kanzlerschaft zeichnet die *Zeit* ihre Haltung als »abnorme Begabung, normal zu sein [...]. Sie hielt und hält sich recht wenig mit sich selber auf, alle Energien sind frei für das, was eben ansteht. [...] Merkel demütigt nicht, sie lässt sich nicht demütigen, gegen das Schleichgift der Rache ist sie immun« (Ulrich 2018).

kanzlerin glaubte die CSU zu schieben, doch wurde selbst geschoben. Ihre Flucht gen rechtsaußen triggerte die passive Dialektik los, dass fast das gesamte Spektrum weiter gen Rechts rutschte. Zuletzt sollte die CSU sich – mit schwindenden Umfragewerten beim Versuch, die Schäden zu reparieren – »wie eine Fliege, die versucht, sich aus dem Spinnennetz zu befreien, [...] dabei immer mehr [verheddern]« (Frasch 2018).

Die AfD berauschte sich an dieser Verunsicherung. Auf ihrem Augsburger Parteitag vom 30. Juni quittierte »lautes Johlen im Saal« (Peters 2018) Gaulands Forderung, mit Merkel müsse »ein ganzer Apparat, ein ganzes System weg« (zit. ebd.). Auch Altenbockum (2018b), der sonst eher mit der AfD als einem künftigen Mehrheitsbeschaffer der Konservativen zu liebäugeln schien, zuckte zurück vor der Mischung »aus Pegida, Verschwörungstheorien, Kyffhäuser und Freund-Feind-Denken«, die dort pro- und akklamiert wurde, dazu dem Vergleich der BRD mit der untergehenden DDR als »System, das hinweggefegt werden müsse«. Ihn erschreckte, dass es dafür »eine stabile Wählerschaft« gab. Ungeachtet dessen konnte er es sich nicht verkneifen, die mit »alternativen Wahrheiten« à la Trump operierende AfD als eine Bewegung philosophisch zu veredeln, »die von einer anderen Welt träumt, in der die Wahrheit regiert« (ebd.).

4. Symptome – aber wofür?

Der Umbruch ist ja da und wirklich beängstigend. Wenn die Gesellschaftsordnung, die jetzt im Entstehen begriffen ist, sich etabliert, wenn man sieht, wie die Kräfteverhältnisse sind, kann man sich wieder kritisch positionieren. (Cornelia Koppetsch 2015)

Freud ist auf seinem Gebiet darauf gestoßen, dass »Angstentwicklung und Symptombildung [...] einander vertreten und ablösen« (32. *Vorlesung*, 519). Im Symptom einer ängstigenden Triebregung erkannte er »eine Hemmung, Funktionseinschränkung des Ichs«, das sich »dadurch den Angstanfall [erspart]« (ebd.). Mit gebotener Vorsicht können wir uns davon bei unserer Erkundung inspirieren lassen. Hierbei kommt dem Verdrängten oder Uneingestanden in der Realitätsauffassung besondere Bedeutung zu. Zu dem weit verbreiteten »Grundgefühl von Unsicherheit, Wut und Zukunftsangst« (Fücks 2017, 5) fügt sich, in der Weise des misslingenden Verdrängens, das Gespür, dass unsere Lebensweise nicht nachhaltig ist, ja dass das »Anthropo-« bzw. genauer »Kapitalozän« *rebus sic stantibus* dem Kipp-Punkt entgegentreibt.

Mit dem Symptomcharakter des deutschen Ringens um »Flüchtlingspolitik« von 2018 hat es nicht sein Bewenden. Symptomcharakter eignete auch der Realebene dieses Ringens seitens der CSU, dem Aufstieg der AfD. Der Realanker des Schlagworts »Flüchtlingskrise«, in dessen Zeichen dieser Aufstieg zuerst Fahrt aufgenommen hatte, hatte ja ursprünglich darin bestanden, dass der deutsche Staat – wie die EU insgesamt – auf den massenhaften Andrang unvorbereitet war und sich momentan gleichsam hinter die Landesgrenze zurückzog. Dieser Rückzug war

notgeboren.¹⁴ Doch mit ihrem konjunkturellen Realitätssinn gewann Merkel der Gefährdung eine Bewährung im deutschen Interesse ab, denn sie »begriff und ergriff die demographisch-ökonomische Chance für Deutschland zusammen mit der Möglichkeit, im Bunde mit der Solidaritätsbewegung die Initiative zu behalten« (*DdF*, 465). Letzteres gelang zunächst; erst die »emotional ausbeutbaren Signalereignisse« (Heitmeyer 2017) der Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 brachten den Umschlag.

Schon im Moment der Bundestagswahlen 2017 war der unmittelbare Realbezug des Schlagworts ›Flüchtlingskrise‹ geschwunden. Die Fakten zeigten, dass es ein strategischer und momentaner Rückzug gewesen war. Im Nachgang hatte sich die Bundesregierung darum bemüht, im Bund mit anderen EU-Ländern, zumal mit der zur Diktatur mutierenden Türkei, ein transnational-staatliches Grenzregime über die eigenen Landesgrenzen hinaus an die Außengrenzen der EU, ja weiter, in internationales Gewässer und womöglich in einige Mittelmeer-Anrainerstaaten vorzuschieben – bis weit nach Afrika hinein. Mitte 2018 war die Zahl der Deutschland erreichenden Flüchtlinge um über achtzig Prozent gesunken und waren die inneren Befestigungen der Erstaufnahme- und Filtereinrichtungen so weit ausgebaut, dass der Staat die Lage soweit überhaupt möglich unter Kontrolle hatte. Dennoch wirkte jenes Schlagwort kontrafaktisch weiter und ließ die Gegenwelle zu einer »Demokratiekrise anno 2018« (Heisterhagen) anschwellen.

Woher aber die noch immer zu angstgetriebener Hassbereitschaft sich weiter ballende »ungeheure Wut, diese Unzufriedenheit« (Kowalke 2018) in großen Teilen der Bevölkerung? Wie war es möglich, dass die »strategische Entmoralisierung der Gesellschaften durch die rechten Extremen« gelang und »die Inszenierungslogik der Rechten für Menschen, die nicht gehört werden, in diesem Maße wirkte« (Foroutan 2018)? Warum vermochte »die zunehmend enthemmte rechte Opposition gegen die (noch?) obwaltenden europäischen Gegenwartsmächte ihre Hetzhebel mit entsetzlichen Erfolgsaussichten an der Migrationspolitik an[zusetzen]« (Dath 2018)? Überraschte nicht im Frühjahr 2018 eine Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts auch in überdurchschnittlich AfD-affinen Gebieten damit, dass auf die Frage nach »Gefahren für die Heimat« die ›Flüchtlingskrise‹, dieser ursprüngliche Kristallisationskern, hinter der Schließung alteingesessener Geschäfte bei Öffnung der »immer gleichen Filialen großer Einkaufsketten« und ähnlicher Digitalisierungsfolgen zurückgetreten¹⁵ war (Hauser/Koch 2018)?

-
- 14 »Wie lange hätte man die Grenze wohl geschlossen halten können? Hätte es Jagdszenen in Niederbayern gegeben? Hätten in Europa alle mit dem Finger auf die hartherzigen, wohlstandsgeizigen Deutschen gezeigt? Und wenn damals nicht die Fähigkeit der Deutschen zur Empathie überfordert, sondern ihre Bereitschaft zur Härte voll ausgereizt worden wäre, wo stünde dieses Land dann heute?« (Ulrich 2018) Die entsetzliche Tragödie abertausender Flüchtlinge verbirgt sich ebenso in den Worten »die Bereitschaft der Deutschen zur Härte voll ausreizen« wie eine Mutation der politisch-kulturellen Verhältnisse hin zu brutalem Autoritarismus, abgesehen von der Wirkung der zu erwartenden Bilder *made in Germany* auf die Welt.
- 15 Dieser Aussage stimmten 78 Prozent derer zu, die ihre Heimat bedroht sehen; innerhalb derselben Gruppe sahen die »Zuwanderung aus dem Ausland [...] nur 69 Prozent als problematisch an« (Hauser/Koch 2018).

Ein Bündel¹⁶ vieler Beschwerden zeichnete sich ab. Damit verstärkte sich der Eindruck einer angesichts vieler ähnlich gelagerter realer Erfahrungen »in Wut umgeschlagenen Mischung aus diffuser Angst und Ohnmacht« (*DdF*, 465). Ihr hat die AfD einen Ausdruck gegeben, der die davon Ergriffenen politisch formiert und sie seither weiter in die imaginäre Identität des »verratenen Volks« getrieben hat und weiter treibt. Zunächst auf chaotisch mannigfaltige Vektoren verteilte, untereinander oft unvereinbare Unzufriedenheiten erhielten dadurch eine gemeinsame Ausrichtung: die vermisste oder als ungerecht erfahrene staatliche Daseinsvorsorge, die Angst vor Arbeitslosigkeit oder einer neuen Finanzkrise, alles ist nicht ohne Realgrund, aber doch nur von relativem Gewicht und kein Grund für Systemfeindschaft. Dass so viele Menschen – oft, wie es scheint, irrational – missgestimmt sind, selbst wenn sie ihre persönliche Lage positiv beurteilen,¹⁷ hat viele und ganz heterogene Quellen. Es muss als Syndrom verstanden werden, als Resultante negativer Resonanzen.

Dass Einschätzungen, wenn sie widersprüchlich sind, deshalb nicht irrational sein müssen, sondern nur eine »Beschreibung der Lage« unter Verhältnissen »zunehmender Polarisierung« sein können, belegt Marcel Fratzscher (2017), Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, mit Zahlen: »Die 40 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen haben heute eine geringere Kaufkraft als noch vor 20 Jahren. Mehr Menschen als damals arbeiten in prekären Verhältnissen.« Über die engeren Klassenfraktionen hinausgreifend, auf die diese Bedingungen zutreffen, berücksichtigt Fratzscher auch »Hoffnungen, Sorgen und Ängste für die Zukunft«, die von seinem Institut seit 1984 erhoben werden. Olaf Scholz bewies Gespür für die Heterogenität der Motive und für die Notwendigkeit, mit einem Bündel auf den ersten Blick ebenso heterogener Bereichspolitik darauf zu antworten, als er die Erhöhung der Zuschüsse zur Rentenversicherung mit dem Satz begründete: »Wenn wir keine Trumps in Deutschland haben wollen, müssen wir etwas tun. Stabile Renten sind dazu ein Beitrag« (zit.n. Schäfers 2018).

16 Hier ist an die wieder aktuell gewordene Analyse faschistischer Hegemonieeffekte zu erinnern: »Faszination und Faschismus – die Ähnlichkeit der beiden Ausdrücke mag dazu dienen, einen dialektischen Zusammenhang darzustellen. Der *Fascio*, von dem der italienische Faschismus seinen Namen zog, leitete sich ab vom Likatorenbündel, dem Requisite innerstaatlicher Gewalt im antiken Rom. Es war Symbol in der denkwürdigen Gestalt der Zwangsmittel selbst, denn es bestand aus Fessel, Geißel und Richtbeil. Auch Faszination ist »Fesselung«, die von »inneren Zwangsmitteln« (Sombart) ausgeht. Aber das eigentlich Beunruhigende ist das Hinüberschillern der äußeren in die inneren Zwangsmittel, ist die *Fesselung im Doppelsinn von Gewalt und innerer Bindung*. Das Bild der *Bündelung* kann helfen, diesen Wirkungszusammenhang von Zwangsgewalt und innerer Bindung zu verdeutlichen. Die spezifische Art der Bündelung unterschiedlichster Motive, Tendenzen, Kräfte [...] erklärt am ehesten den hegemonialen Effekt. Ihn in seiner Widersprüchlichkeit besser zu begreifen, ist von größter Bedeutung [...]. Denn wie in Lessings Fabel lässt sich sagen: Ohne es aufzuschneiden, können wir das Bündel nicht zerbrechen.« (Haug 1986, 162)

17 »Nie seit der Wiedervereinigung waren so viele Deutsche mit ihrem persönlichen Leben so zufrieden wie heute. Gleichzeitig waren mit 70 Prozent der Deutschen selten so viele unzufrieden mit der sozialen Ungleichheit und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ist dies nicht ein Widerspruch?« (Fratzscher 2017)

Fratzscher weitet den klassenbezogenen Motivkreis darauf aus, was in den Bessergestellten vorgeht, wenn ihnen dümmert, was es heißt, dass Menschen in Massen sich nicht ausreichend qualifizieren und in den Arbeitsmarkt einbringen können. »Diese Polarisierung bedeutet eine ungleiche soziale und politische Teilhabe, was letztlich zu sozialen Konflikten führt und das Funktionieren der Demokratie gefährdet.« (2017) Das Unwohlsein, das der Wahrnehmung wachsender Ungleichheit entspricht, interpretiert Fratzscher als Ausdruck von Solidarität, doch es könnte auch das dumpfe Gefühl sein, von einem Unrecht mitzuprofitieren, das sich irgendwann einmal rächen wird. Der Münchner Bevölkerungsökonom Uwe Sunde (2017) verweist auf seinen gemeinsam mit Rainer Kotschy erhobenen Befund, dass, »je größer die Ungleichheit, desto kleiner der positive Effekt der Demokratie [ist]« (Kotschy/Sunde 2017). Womöglich bildet das Gespür, dass der geballte Reichtum sich vom Rest der Menschheit abkoppelt und sich aus der Finanzierung des Staatshaushalts zurückzieht, einen der dunklen Glutherde des Unbehagens, aus denen dem ›Rechtspopulismus‹, ja dem völkischen Faschismus das Potenzial zuwächst. »Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig«, zitiert Fratzscher Kurt Tucholsky aus dem Krisenjahr 1931.

Vermutlich wird in Deutschland sogar gefühlt, also verdrängtermaßen ›gewusst‹, dass man hier von der marktradikalen Konstruktion der Europäischen Union profitiert, die zwar mit einer Einheitswährung und dem unionsinternen Freihandel, nicht aber mit den sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Kompetenzen ausgestattet ist, die nötig wären, um die Auswirkung der Produktivitätsgefälle durch eine inner-europäische Strukturpolitik zu kompensieren. Dazu dümmert mehr oder weniger allen – und Augurenvögel pfeifen es von den Dächern –, dass der Produktivitätsvorsprung des deutschen Kapitals und damit die im Vergleich zu den Nachbarländern niedrigen Arbeitslosenzahlen und die sprudelnden Steuereinnahmen der Staatskassen nur solange tragen, wie das große China noch nicht aufgeholt hat. Um dieses Aufholen hinauszuschieben, arbeiten Kapital und Staat etwa bei der Entwicklung von ›Industrie 4.0‹ und künstlicher Intelligenz intensiv an der Aufrechterhaltung der technologischen Distanz, und es sind wiederum solche distanztechnologischen Entwicklungen, die an der allgemeinen Verunsicherung mitwirken. Worauf anderes läuft die Vision der ›Industrie 4.0‹ hinaus als auf die Bildung robotischer, d.h. von unmittelbar menschlicher Operation emanzipierter Superaggregate, im Effekt den selbststeuernden Autos und fahrerlosen Verkehrssystemen gleichend? Worauf die Entwicklung von E-Autos?¹⁸ Von hochtechnologischer Arbeitslosigkeit haben die

18 Der Studie »Wirkungen der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung am Standort Deutschland« des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO zufolge »könnten in Deutschland bis zum Jahr 2030 allein in der Motor- und Getriebeproduktion 75 000 bis 109 000 Arbeitsplätze wegfallen, weil die Autohersteller künftig mehr Elektroautos produzieren, die aber weniger Arbeitskräfte als bisher binden. Die Höhe des Abbaus ist dabei vom künftigen Marktanteil der Elektro- und Hybridautos abhängig, der in der Prognose 40 bis 90 Prozent beträgt. Somit ist jede dritte bis jede zweite Stelle in der Antriebstechnik gefährdet: Zuletzt arbeiteten dort 210 000 Menschen, gut ein Viertel der 840 000 Mitarbeiter, die Autohersteller und Zulieferer hierzulande insgesamt beschäftigten.« (Elektromobilität gefährdet Zehntausende Stellen, FAZ, 6.6.18, Wirtschaft)

Betroffenen keinen Begriff, aber das Schicksal, das diese ihnen bereitet, dämmert ihnen wohl.

Aus der Kritik an der Verschlechterung des Verhältnisses mit Russland, eine andere ›Zuchtrute‹ im Bündel (fascio) der Motive, sprechen in den ostdeutschen Bundesländern die Schäden, die der regionalen Industrie und Landwirtschaft durch die Sanktionen entstanden sind, und womöglich wirken auch die Wunden nach, die der Untergang des Sozialismus hinterlassen hat. Im Westen war die von der FAZ befürchtete »Radikalisierung« erheblicher Teile der bürgerlichen Mitte¹⁹ eingetreten und wurde zur »Bewährungsprobe der Integrationspolitik« sowie in dieser Hinsicht nicht nur »mindestens ebenso wichtig, wie die Heimatlosigkeit der Flüchtlinge aufzufangen« (DdF, 465), sondern schließlich dominant.

Was den Angst-Hass bedingt, ist nicht zuletzt die Dynamik des Uneingestanden der herrschenden deutschen Politik. Vergleichbar der freudschen »Wiederkehr des Verdrängten«²⁰ in Gestalt des Symptoms präsentiert das nicht zum öffentlichen Gegenstand Gemachte des wirklichen politisch-ökonomischen Prozesses seine Rechnung. Das Verdrängte muss ans Licht, auf den Verhandlungstisch und gegebenenfalls zuletzt bei den Wahlen zur Entscheidung gestellt werden, wenn die völkisch-nationalistische Falle nicht zuschnappen soll.

Dazu gehört die deutsche Verstrickung in die unausgesprochene Strategie des ›Westens‹, alle Staaten, die sich nicht seinem Imperium eingliedern und im Zweifelsfall unterstellen, zu untergraben oder unter idealistisch klingenden Vorwänden zu zerstören. In der Migration folgte daraus »nicht nur eine mehrfache Multiplizierung der Flüchtlingszahlen, sondern auch eine drastische Umkehrung im Verhältnis von ›herbeigebombten‹ zu ›Wirtschaftsflüchtlingen‹« (Neelsen 2018, 6).

In seiner Disparatheit erinnert das Motivationsgemisch an Gramscis Inhaltsbeschreibung des Alltagsverstands als Spiegel ideologisch subalternen »Persönlichkeit«; und wie diese ist es »auf bizarre Weise zusammengesetzt« (Gef 6, 1376). In den einzelnen Bestandteilen erkennt Gramsci einen identitären Flickenteppich, der bedingt, dass »man gleichzeitig zu einer Vielzahl von Masse-Menschen [gehört]« (ebd.). In der Zeit der politischen Krise des Hightech-Kapitalismus kann sich im Motiv-Syndrom der Abwendung vom liberal-demokratischen politischen ›System‹ die Angst vor dem Klimawandel mit seiner Leugnung treffen und die Furcht vor den Folgen der Trumpwahl mit dem Verlangen nach einem eigenen Trump. Selbst die Notlage, bis zum Monatsende mit dem Geld auszukommen, trifft sich im Feindbild mit nach eigenem Urteil ökonomisch Gutgestellten sowie die Wut aufs Finanzkapital mit der Sorge um den Wert eigener Finanzanlagen. Im Fall der Disruption der

19 »In der Mitte der Gesellschaft«, sagte der chemnitzer Buchhändler Klaus Kowalke Ende August 2018, zu Sandra Kegel, »meint man ja fast so etwas wie einen nahtlosen Übergang zum rechten Gedankengut zu erkennen.« (Kowalke 2018)

20 »Wir wissen, das Symptom ist ein Ersatz für etwas, das durch die Verdrängung verhindert wurde.« (19. Vorlesung, 295) Und »dass es nicht die Verdrängung selbst ist, welche Ersatzbildungen und Symptome schafft, sondern daß diese letzteren als Anzeichen einer *Wiederkehr des Verdrängten* ganz anderen Vorgängen ihr Entstehen verdanken« (*Die Verdrängung*, StA III, 114f).

deutschen Politik durch die AfD findet sich diese bizarre Mannigfaltigkeit auf dem Boden von Angst-Hass zusammengeschnürt. Mehr und mehr im Banne der alten völkisch-nationalistischen Freund-Feind-Logik, entführt diese Sammlungsbewegung im Negationsmodus den urpolitischen Akt, Eines aus Vielem zu bilden, nach rechtsaußen. Unterm Bann dieser Klammer mischt alles Mögliche mit, Wahres und Erlogenes, Rationales und Gesponnenes. Aber selbst wenn Adornos Satz nirgendwo sonst stimmen würde – was keineswegs der Fall ist –, hier träfe er zu: »Das Ganze ist das Unwahre.«

Alle Einzelanalysen sind nützlich, doch nur, wenn sie den Artikulationszusammenhang zumindest anzielen. Der Versuch, diesen zu fassen, stößt auf eine Konstellation struktureller Determinanten in widersprüchlicher Verschlingung. Ohne deren Dialektik zu analysieren, ist nichts zu begreifen. Dies zeigt sich sogleich bei der Europakrise.

5. Die Krise der Europäischen Union

Mitverantwortlich für die innenpolitische Krise der Bundesrepublik war die Krise der EU. Aber wesentlich mitverantwortlich für diese Krise war die deutsche Politik unter Merkel selbst.

Als in der Not der Großen Finanz- und Wirtschaftskrise die notleidende Mehrheit der EU-Mitgliedsländer dringend nach einer europäischen Konjunkturpolitik verlangte, verhartete Merkel vor der in diesem Geschichtsmoment von der schweren Krise, die viele der europäischen Mitgliedsländer durchmachten,²¹ aufgestoßenen Tür zur Lancierung eines an Neugründung grenzenden Neuaufbruchs der Europäischen Union. In anderen Ausnahmesituationen hatte sie mit solchen Schritten ohne lange zu zögern die Welt überrascht. So, als in Fukushima Erdbeben und Tsunami nicht nur das Menschenwerk wie Spielzeug weggewischt, sondern die zweite, eigentliche Katastrophe aus dem Menschenwerk freigesetzt hatten, den nuklearen GAU. Die Doppelkatastrophe hatte in der allgemeinen Wahrnehmung blitzartig das Ob der Welt

21 »Die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer wurden, so Toozee [2018], mit den Auswirkungen der Finanzkrise weithin alleingelassen. Die EZB fühlte sich nicht zuständig, weil die Länder den Euro (noch) nicht eingeführt hatten. Am schlimmsten traf es das Baltikum: In Lettland fielen die Immobilienpreise um 50 %, die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden um 35 % gekürzt, die Arbeitslosenquote stieg auf 20 Prozent, ein Zehntel der Bevölkerung wanderte aus. [...] Die meisten Schulden in diesen Ländern lauteten auf ausländische Währungen. In Ungarn beispielsweise liefen viele Immobilien- oder Autokredite in Schweizer Franken oder japanischen Yen, die monatlichen Raten in Forint stiegen auf einen Schlag um bis zu 40 Prozent. Der Einsatz für die Schuldner und der Kampf gegen die Banken war eines der Themen, auf die Viktor Orbán seine politische Karriere baute. [...] Besonders hart traf es die Ukraine, deren bescheidene wirtschaftliche Stabilisierung seit der ›Orangeren Revolution‹ von 2004 vor allem auf ausländischen Krediten beruhte. Auch die Regierung in Kiew musste den IWF um Hilfe bitten, Steuern erhöhen und Ausgaben kürzen. Das brachte die prowestlichen Politiker um jeden politischen Kredit und den russlandfreundlichen Präsidenten Viktor Janukowitsch ins Amt. Der Rest der Geschichte ist bekannt. [...] Nicht alles lässt sich mit dem Bankencrash erklären. Aber doch sehr viel mehr, als den Deutschen zuletzt bewusst war.« (Bollmann 2018)

von morgen mit ihrem Wie verbunden. Auch 2015 waren, noch bevor die Grenze aufging, Millionen Deutschen ›angesichts der Bilder‹ die Augen aufgegangen, wenn schon nicht über die ursächlichen Zusammenhänge, so doch über Folgen einer Weltordnung, zu deren profitierenden Trägern ihr Land zählte. Dass solche Ausnahmemente nicht dauern, sondern von den sprichwörtlichen Mühen der Ebenen, die Aufgaben abzuarbeiten, gefolgt werden, steht auf keinem anderen Blatt.

In der akuten Wirtschaftskrise von 2009 nutzte Merkel zwar die Infinitesimaldialektik jenes paradoxen Schlagworts »Null-Kurzarbeit«, das null als kurz bezeichnete, also ein Nichts an Arbeit, bei dem indes der Arbeitsplatz erhalten blieb, als ein Etwas begriff. Es half ihr, dem deutschen Industriekapital sein durch die Marktlage stillgestelltes menschliches Inventar in Gestalt der Stammebelegschaften zu erhalten und Massenarbeitslosigkeit latent zu halten, ja selbst noch vor den Betroffenen umzudeklarieren, indem sie aktuell krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit in ›bloße Nullarbeit‹ umdeklarierte.

Als aber im selben Krisenmoment der nationalegoistische Knoten deutscher Partikularinteressen und Stimmungslagen sich der Not-Wendigkeit der EU-Partner widersetzte, weil ihr zu wehren ›deutsches Steuergeld‹ gekostet hätte, versagte Merckels Doppelbegabung, einerseits »die ›historischen Bewegungen immer wieder in kleinteilige Prozesse zu überführen«, andererseits »mit der Kraft der unausweichlichen Krisen grundlegende Veränderungen durchzuführen« (Ulrich 2018).²² Eine mitreißende Realität vermag sie zu nutzen. Aber die Menschen ihres Land gegen den für diese noch gängigen und im Alltagsverstand solide verankerten Trott mitzureißen, dazu noch gegen den Widerstand ihrer eigenen Partei, von den anderen ›bürgerlichen‹ Parteien ganz zu schweigen,²³ ist Merkel versagt. So hat ihre Politik zwar ›Deutschland stärker gemacht‹, aber das europäische Fundament deutscher Stärke untergraben.

Die europäische Desolidarisierung im Umgang mit der Immigration präsentierte die Quittung für die strukturelle Unsolidarität der BRD im historischen Moment der Großen Krise gegenüber den ökonomisch schwächeren Mitgliedsländern der EU.

22 Als Beispiele für letzteres nennt Ulrich die Energiewende, die Euro-Rettung »und eben als die Flüchtlinge kamen, die gerade die von ihr geführte Bundesregierung so ausdauernd ignoriert hatte« (2018). Die beiden komplementär gegensätzlichen Handlungsfähigkeiten Merckels er- und verkennt er als »tiefen Grundwiderspruch der merckelschen Politik« (ebd.).

23 Dies bedenkend kann man Jürgen Habermas' Äußerung von 2013 (70) nachvollziehen, bei der man sich 2018 spontan die Augen reibt: Infolge der wesentlich von der BRD unter Merkel durchgesetzten EU-Austeritätspolitik in der Finanz- und Wirtschaftskrise förderte »der Druck der Finanzmärkte auf die politisch fragmentierten Staatshaushalte eine kollektivierende Selbstwahrnehmung der von der Krise betroffenen Bevölkerungen«, hetzte »die ›Geber- und ›Nehmerländer‹ gegeneinander auf und schürt[e] den Nationalismus« (Habermas 2013, 70). Gegen diese auch von der SPD mitgetragene Politik sowie gegen Merckels gegen eben diese SPD praktiziertes »clever-böses Spiel der Dethematisierung« wünschte Habermas damals der AfD »Erfolg«, weil er annahm, dieser würde »die anderen Parteien nötigen, ihre europapolitischen Tarnkappen abzustreifen«. Der Fortgang machte ihm bald klar, dass er sich getäuscht und der Erfolg der AfD dazu geführt hatte, dass die von der AfD getriebene CSU »eine Regierungskrise ausgelöst und das eigentliche Thema, die mangelnde Kooperationsbereitschaft in der EU, in den Hintergrund gedrängt« hatte (Habermas 2018).

Darin stimmen im Großen und Ganzen alle kritischen Analysen überein. Zuletzt hat der britische Historiker Adam Tooze (2018) nachgezeichnet, wie in der 2007 ausgebrochenen und noch immer weiterwirkenden Finanz- und Wirtschaftskrise die Fundamente des europäischen Vereinigungsprojekts Risse bekamen, nicht zuletzt infolge der nationalen Beschränktheit der deutschen Antikrisenpolitik.²⁴ In den praktischen Schlussfolgerungen gehen die diversen Analysen auseinander.

Joseph Stiglitz hat der Europäischen Währungsunion (EWU) vorgerechnet, dass sie im Vergleich mit den USA keine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist. Die US-Wirtschaft war im Jahre 2000 – ca. ein Jahr vor der Einführung des Euro – »lediglich 13 Prozent größer [...] als die der Eurozone; 2016 waren es 26 Prozent« (2018). Einheitsmarkt und -währung nahmen den ökonomisch schwächeren Ländern »ihre wichtigsten Anpassungsmechanismen Zinsen und Wechselkurse«, ohne ausreichend neue Ausgleichsinstitutionen zu schaffen (ebd.). Was dies für die Länder mit geringerer Kapital- und Technologieausstattung bedeutet, hat Charles Pauli (2016) durchbuchstabiert: Gemäß der vorherrschenden neoklassischen Entwicklungstheorie sollte der Wegfall der Währungsanpassungen an Produktivitätsgefälle durch Lohnsenkungen aufgefangen werden. Da aber zugleich das Preisniveau der Konsumgüter sich überall anglich, bedrohte es die Arbeiterklassen der schwächeren Länder mit realer Verarmung und trieb sie zum Widerstand. In den Vorsprungsländern dagegen förderte eine hohe Produktivitätsdynamik Produktivitäts-Lohn-Scheren, die weitere Konkurrenzvorteile brachten. Deindustrialisierung der schwächeren Länder war die Folge. Der Kapitaltransfer glich das nicht aus: »Zwar strömte seit Beginn der EWU [Europäische Währungsunion] Kapital in die schwächeren Länder, aber häufig in den Bausektor und in Infrastrukturen. Die Direktinvestitionen gingen überwiegend in Branchen wie Tourismus, Banken und Versicherungen, Telekommunikation und Bau« und nur zum kleineren Teil in die Produktion von – unter internationaler Konkurrenz – »handelbaren Industriegütern« (183). Bedingt durch Qualifikations- und Infrastrukturgefälle fließen Investitionen dann in Richtung billiger Arbeit, die mit weniger Kapital ausgestattet ist. Länder der mittleren Entwicklungsstufe wiederum »können weder mit Billiglohnländern (wie etwa Bangladesch) noch mit technologisch führenden Ländern konkurrieren. Sie fallen in eine Entwicklungslücke« (184). Aus alledem folgt, dass die EWU »als marktradikale Konkurrenz- und Wettbewerbsunion nicht funktionieren kann. Genau das aber ist die Konzeption, die vor allem in Deutschland unausrottbar vorherrscht.« Ohne »gemeinsame europäi-

24 Insgesamt »fällt Tooze ein vernichtendes Urteil über das europäische Krisenmanagement, und das heißt v.a.: über das Verhalten der Deutschen und ihrer Bundeskanzlerin«, die sich »gegen eine gemeinsame europäische Bankenrettung [stimmte]; was es gab, war lediglich eine lockere Koordinierung der jeweiligen nationalen Hilfsprogramme. Mehr noch: Bereits im Frühjahr 2009 warnte Merkel bei jeder Gelegenheit vor den Risiken, welche die Konjunkturprogramme und die damit verbundene Neuverschuldung bargen, und verlangte eine »Exit-Strategie.« (Bollmann 2018) Die nachfolgende Phase der Krise als »Schuldenkrise« zu begreifen, erklärt Tooze für falsch, »weil er keineswegs eine exzessive Kreditaufnahme der Regierungen als Wurzel des Übels sieht, sondern ganz im Gegenteil deren Zögerlichkeit in der ersten Phase der Krise« (ebd.).

sche Regional-, Investitions- und Technologietransfer-Politik« ist die EWU folglich nicht zu retten (185). Deutschland mit seiner Verbindung von Exportorientierung und Sparpolitik auf Basis seiner Industriemacht wurde zum Zerstörungsmeister. Ein Hegemon, der glaubte, ohne das in diesem Fall wesentliche hegemoniale Opfer²⁵ auszukommen.

Jürgen Habermas nennt es eine »Obszönität, dass man der Europäischen Währungsunion zum Vorteil der wirtschaftlich stärkeren Mitglieder ein starres Regelsystem auferlegt, ohne zum Ausgleich Spielräume und Kompetenzen für ein gemeinsames flexibles Handeln zu öffnen«; dies zu ändern begreift er als die »zentrale Überlebensfrage des politischen Ausbaus der Euro-Zone«, widrigenfalls triumphiert der »trumpistische Zerfall Europas« (2018).²⁶

Markant und markig zugleich klingt Herfried Münklers Antwort: Angesichts des »rapiden Wachstums der Zentrifugalkräfte, das zu einer weitgehenden Handlungsunfähigkeit der Union geführt hat« (2018, 16), bedürfe es eines »»Direktoriums«²⁷ [...] aus Deutschland und Frankreich plus einigen kleineren Mitgliedstaaten« (17), die diese Position mit »gesteigertem Investieren in *common goods*« bezahlen müssten. Was unter diesen gemeinschaftlichen Gütern zu verstehen ist, die bei Münkler an die Stelle des hegemonialen Opfers treten, deutet sich – und das nur vage – an, wo er in der Sache und ohne ihn zu nennen Wolfgang Streeck entgegentritt. Dieser sieht speziell den deutsch-französischen Zusammenhalt, also nicht weniger als die Bedingung der Möglichkeit eines vereinten Europa, einem polaren Gegensatz nationaler Interessen ausgesetzt. Ob Streecks immer wieder hinreißende Rhetorik die ganze Dialektik dieser antagonistischen Kooperation erfasst, sei dahingestellt. Doch müsste das Kriterium eines realistischen Politikentwurfs sein, ob sich der Widerspruch in der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus einem antagonistischen in eine

25 Die hegemoniale Position verlangt »nach Gramscis Einsicht die ›Katharsis‹, das heißt die Überwindung des rohen Gruppenegoismus der Herrschenden und das ›Opfer‹, mit dem sie den ›Kompromiss‹ besiegeln müssen, um zu einem relativen ›Gleichgewicht‹ im Ungleichgewicht der Mächte zu gelangen. Zwar können ›solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen, denn auch wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, [...] ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt« (H. 13, §18, 1567)« (Zit.n. Haug 2012, *HTK II*, Kap. 8.4, wo der Begriff im *modus operandi* auf die USA unter Bush jr. und Obama angewandt wird.)

26 Loyalität gebührt der Verfassung und dem Staat, solange er sie nicht bricht; auch mag man im übertragenen Sinn das Verhältnis der Bundesgenossen zum Hegemon so nennen. Dagegen bestimmt Habermas die Solidarität als »reziprok vertrauensvolle Beziehung zwischen Akteuren, die sich aus freien Stücken an ein gemeinsames politisches Handeln binden. [...] keine Nächstenliebe, aber erst recht keine Konditionierung zum Vorteil einer Seite. Wer sich solidarisch verhält, ist bereit, sowohl im langfristigen Eigeninteresse wie im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, kurzfristig Nachteile in Kauf zu nehmen. [...] In der zwanghaft engmaschigen Konditionierung von sogenannten Solidarleistungen verrät sich der Mangel an einer solchen Vertrauensbasis – und der hohle Boden unseres nationalen Selbstverständnisses als gute Europäer.« (2018)

27 Die Bezeichnung erinnert an die Entmachtung des Nationalen Konvents nach dem Sturz Robespierres zugunsten einer ›kollegialen‹ Kontrolle der Exekutive durch ein fünfköpfiges *directoire*.

komplementär-gegensätzliche, also aus einer lähmenden in eine aktivierende Anordnung bringen lässt. Darauf geht Münkler ein. Was die Interessen oder vielleicht nur Mentalitätsgegensätze zwischen Frankreich und Deutschland betrifft, bescheidet er die deutsche Adresse mit dem Hinweis: »Die Machtsorte des Ökonomischen wird die wichtigste sein, das heißt politische Macht wird sich vor allem aus ökonomischer Macht speisen.« (2018, 17) Dann kommt, wieder diskret-indirekt, komplementär Frankreich an die Reihe: »Infolge der Verselbständigung gegenüber den USA wird indes der militärischen Macht ein größeres Gewicht zukommen als zuletzt«. Ob dieses Kompositum eines deutschen Zahlmeistertums mit einem französischen Militarismus in den beiden Ländern auf Zustimmung stoßen würde, ist mehr als zweifelhaft.

Ein klarer Schnitt scheint auf den ersten Blick schlüssiger. Wolfgang Streeck urteilt, dass die europäische Einheit in ihrer jetzigen Form nicht zu halten ist, da man auf ihren nachhaltigen Umbau bis zum »Sankt-Nimmerleins-Tag« warten müsste (2018b). Die EU- und EWU-Konstruktion bedinge »nicht ein Mächtigegleichgewicht sondern ein Gleichgewicht der Ohnmächtigen, das eine tiefe politische Stagnation ankündigt, bei der überall böse Überraschungen lauern und jederzeit eintreten könnten« (2018a, 185). Handlungsbedarf trifft auf Handlungsunfähigkeit im Knoten nationaler Interessen und Kräfteverhältnisse.²⁸ Europas Gesellschaft sieht er »blockiert«; Italien z. B. werde nicht auf die Beine kommen, solange es in der Europäischen Währungsunion (EWU) bleibt (186). Die angeblich »schöpferische Zerstörung« laufe auf schlichte Zerstörung hinaus. Der Euro, Eckpfeiler des deutschen Wohlstands seit 2008, werde dahindämmern oder verschwinden (ebd.). Streeck schließt: »Politisch und ökonomisch unfähig, die EWU-Verlierer zu entschädigen, kann Deutschland nicht hoffen, ein Gewinner zu bleiben.« (187)

Angesichts dessen, dass die EU »qua dominanter Klasseninteressen und Funktionsmechanismen (Einstimmigkeit; Einhaltung bestehender Verträge) zu einer grundlegenden Reform unfähig ist«, bleiben auch für John Neelsen »nur Austritt und Neugründung« (2018, 9). Da er andererseits begreift, dass »die Globalisierung des Kapitals unumkehrbar« ist (7), müsste er sich fragen, wie es ohne das politische Gewicht Europas nach dem deutschen Austritt gelingen sollte, »den Prozess in Richtung einer multipolaren Weltordnung zu unterstützen, da er die Chancen einer Machtbalance sowie einer größeren Rolle der Vereinten Nationen und Herrschaft des Völkerrechts bedeutet« (9). Die unendlichen Schwierigkeiten, die einer Neugründung ohne die geschichtliche Gründungskonjunktur und dann auch ohne den unwiederholbaren Moment der an die zweite Gründung in Gestalt der Europäischen Währungsunion abhängigen deutschen Wiedervereinigung im Wege stünden,

28 Michael Brie kritisierte an Streecks wirkmächtigem Buch von 2013, wo die wesentlichen Thesen von 2018 bereits entwickelt werden, dass »eine radikale Realpolitik, die von den inneren Widersprüchen des Neoliberalismus und vorhandenen Gegenkräften ausgeht«, sich derart nicht begründen lasse (Brie 2013, 60). Er bringt dies zusammen damit, dass Streecks »Leitbild der Kritik [...] jener kurze schöne Moment des ›demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit« [sei], der ›zwei konkurrierende Verteilungsprinzipien zugleich institutionalisiert« hatte, die Streeck [2013, 91] als ›Marktgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit« bezeichnet (91).« (Brie, 59)

reflektiert Neelsen so wenig wie das Schicksal der auf sich gestellten 28 Mitglieds-länder in der von ihm diagnostizierten Weltlage zwischen »Krise und Krieg«.²⁹

Austritt führt zurück in den Nationalstaat. Ohne den Widerspruch zu seiner Option zu reflektieren, wendet John Neelsen sich scharf gegen diesen Rück-Schritt: »Bei aller berechtigten Kritik an der unbegrenzten neoliberalen Globalisierung, in der internationale Wettbewerbsfähigkeit, d.h. die Interessen des Transnationalen Kapitals und der Finanzmärkte, dominieren, eine Rückkehr des Nationalstaats/des Nationalen als prioritärem Bezugsrahmen und Akteur der Politik ist ideologisch reaktionär, objektiv unrealistisch und am Ende konfliktverschärfend.« (7)

Streecks Argumentation beruht ebenfalls darauf, dass die europäische Einheit mit dem Euro ohne wirksame Gegeninstanzen nicht zu retten ist. Aber gerade die gegenwirkenden Handlungsmöglichkeiten, die in die Frage nach einer alternativen Politik einmünden müssten, kommen bei ihm zu kurz. Sein ökonomisch harter Punkt ist von anderen Denkschulen immer wieder analysiert worden als der »Fehler einer Währungsunion ohne die ökonomische Basis eines ›optimalen Währungsraums‹ und ohne gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik« (Alt Vater 2013, 76). Einheitswährung ohne Einheitspolitik funktioniert nicht. Sie setzt die schwächeren Marktteilnehmer der Konkurrenz der Stärkeren (produktiveren) aus. In einem Europa der Nationen führt das zum Macht- und Wohlstandsgefälle zwischen den Nationalökonomien. Die Verschuldungsgrenze reduziert die staatliche Handlungs- und sozialpolitische Leistungsfähigkeit der ökonomisch schwächeren Länder. De facto exportieren die Länder mit höherer Arbeitsproduktivität Arbeitslosigkeit in die weniger produktiv wirtschaftenden. Deren Flexibilitätsbedarf verschiebt sich von der Währung auf die Arbeit. Während im gesamten Eurogebiet die meisten Güter zum Einheitspreis gehandelt werden, richtet sich der Anpassungsdruck der schwächeren Länder auf die Löhne. Zwar wirkt die dem Lohngefälle folgende Kapitalmigration der Arbeitslosigkeit entgegen. Doch der globale Freihandel setzt diese Anpassung ihrerseits der Konkurrenz am Weltmarkt aus, wo sich immer noch niedrigere Löhne finden. Als nie zu lüftendes Geheimnis des globalen Status quo sieht Streeck daher einen real existierenden Ökonomismus der Sache selbst. Von den Inhabern politischer Macht mühsam gelernt und »vor der Öffentlichkeit so gut als möglich verborgen gehalten«, scheint er selbst es für unumstößlich zu halten, »dass die Politik globalen Märkten nicht entgegentreten kann und es daher gar nicht erst versuchen sollte« (186). Dem hat Elmar Alt Vater schon 2013, nach Erscheinen von Streecks *Gekaufte Zeit*, energisch mit dem Argument widersprochen, »dass eine Währung immer ein Politikum« ist (78).³⁰

29 Neelsen beginnt mit einer Nachzeichnung des welthistorischen Ausnahmefalles der von der »politischen und ideologischen Auflösung des sozialistischen Lagers« geweckten Erwartungen im Zeichen der neoliberalen Globalisierung (2018, 2). Aber das war ein Moment interessierter Täuschung und realer Ohnmacht der an einer auf Ausgleich basierenden Neuen Weltordnung interessierten Kräfte.

30 Alt Vater exemplifiziert diese antiökonomistische These am US-Dollar. Daran, dass dieser trotz Produktivitätsrückstands der USA sich als Welt- und Ölwährung halten kann, liest er die Bedeutung außer-ökonomischer Faktoren ab, hier »auch politisch und entsprechend der militärischen Potenz« (2013, 77; vgl. dazu Kap. 6 in Alt Vater 2010).

Daher laute »die entscheidende Frage, welches heute der richtige Raum der Politik ist, der auch für den Währungsraum maßgeblich ist« (ebd.).

Insgesamt hat Altvater der »von rechten Demagogen ebenso wie von manchen Strömungen in der europäischen Linken« propagierten Auflösung der EU bei aller Kritik an deren Fehlkonstruktion nachdrücklich widersprochen. »Die Auflösung des Euroraums oder die Veränderung dadurch, dass das eine oder andere Land, Griechenland oder Zypern zum Beispiel, austritt und zu einer nationalen Währung zurückkehrt« – was im Übrigen »ohne Zweifel ein politisches Projekt gegenüber der Ökonomie, ja sogar gegen deren Gesetze wäre« –, begreift er als »das Ende des wichtigsten politischen Projekts der Nachkriegsepoche auf dem europäischen Kontinent, ein Treppenwitz der Geschichte« (2013, 75). Ohne ökonomische Krisen und politische Wirren würde es nicht abgehen (76). Die versprochene Rückgewinnung von Souveränität und Abfederung von Produktivitätsgefällen durch Abwertung erklärt er für eine Fata Morgana: Nicht nur verteuerte sich mit dem Öl der »wichtigste Input für die Industrie, die Energieversorgung, dramatisch«³¹, auch die Transaktionskosten würden steigen, dazu erwiesen sich »Termingeschäfte zur Vermeidung von Kursverlusten [als] teuer und angesichts der Volatilität der Finanzmärkte nicht risikolos«. Bei alledem hätte die Währungsspekulation leichtes Spiel mit den »kleinen« nationalen Währungen. Zu glauben, dass kleine Währungen in der Geopolitik der Währungskonkurrenz mithalten und ihre ökonomischen Probleme lösen könnten, erklärt er für naiv. »Die Kurzfristigkeit von Währungsbewegungen, der Mangel an Erwartungssicherheit, die erraticen Schwankungen der Kurse und Zinsen« stören »die Ausbildung von ökonomisch-politisch-gesellschaftlichen Netzwerken stabiler nicht-marktmäßiger Beziehungen zwischen Marktakteuren.« Daran zeige sich »auch das Gewicht der Geschichte«, da diese Netzwerke »nach Jahrzehnten der europäischen Integration [...] bereits europäisch gespannt [sind]. Die Rückkehr zu nationalen Währungsräumen würde mit dieser Realität massiv konfliktieren.« Streecks Rezept widerspräche demnach eklatant der von ihm für politisch unerwiderbar und ökonomistisch, also eben nicht als politische aufgefassten Ökonomie.

6. Der Umbruch der Weltordnung

»Crashed«, zu Deutsch: abgestürzt, wie der Titel des Buchs [Tooze 2018] lautet, ist nicht allein die Finanzbranche, sondern die gesamte Weltordnung, wie wir sie kannten. (Ralph Bollmann 2018)

Wenn Habermas (2018) die deutsche Politik – wie die europäische insgesamt – vor »ganz unvorhergesehene Herausforderungen einer radikal veränderten Weltlage« gestellt sieht, so ist das bis November 2016 noch Unvorhergesehene die Wahl Trumps. Ebenso unerwartet war, dass dieser seine Wahlversprechungen wahr machen würde,

31 Daher haben griechische und zyprische Ökonomen sich gegen Austritt ausgesprochen (vgl. Schlötzer 2013).

soweit der ›zweite Staat‹³² ihn gewähren ließ, falls dieser nicht im Kräfteressen mit dem Präsidenten unterlag. Zur allgemeinen Überraschung machte er sie wahr. Schlag um Schlag kündigte er das Atomabkommen mit Russland, am 8. August 2017 das Pariser Welt-Klimaabkommen, am 8. Mai 2018 das Iranabkommen. Wie nach der Wahl 2016 angekündigt, hatte er ab Beginn der Amtszeit in Schritten de facto das Regelwerk der Welt-Handels-Organisation zur Seite gewischt.³³ Damit war eine umfassende Verunsicherung hinzugekommen, begleitet von einer dem US-Vorbild folgenden politisch-moralischen Enthemmung. Was würde aus der führend-subalternen Macht Deutschland, nachdem der US-Hegemon die Hegemonie aufgekündigt und die Zeit des Jeder-ist-sich-selbst-der-Nächste verkündet hatte?

Erst als die Macht, die bis vor kurzem, von einzelnen Ausrutschern abgesehen, der Epoche westlicher Hegemonie ihr Gepräge gegeben und seine Verbündeten zumindest formell per Konsens, also multilateral geführt hatte, den ›Wirtschaftskrieg‹ mit Zöllen auch gegen die deutsche Industriekonkurrenz erklärte, wurde dem FAZ-Atlantiker vom Dienst »so richtig klar [...]: Im Weißen Haus ist ein Umstürzler auf Vernichtungsmission.« Er schlussfolgerte: »Europa muss einfach mehr in die Waagschale werfen, um sich Gehör und Achtung zu verschaffen und seine eigenen Interessen geltend zu machen.« (Frankenberger 2018) Das Mehr meinte Waffen und Truppen. Und Frankenbergers Kollege Kohler fügte einen Tag später hinzu: »Der Multilateralismus sei ›in einer wirklichen Krise‹, sagt Merkel. Es ist schlimmer als das: Der Westen droht zu zerbrechen. Europa hat, mit den eigenen Krisen beschäftigt, erst jetzt bemerkt, wie tiefgreifend Amerika sich verändert hat.« Die Ordnung, die jetzt zerstört wird, haben wir für zeitlos gehalten, sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vom 4. Juli 2018.

Da nun die nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung der USA etablierte Weltordnung zerbrach und der Hegemon seinen Klienten die Hegemonie aufkündigte sowie durch eine Vielzahl diktierter Deals ersetzt, fragt es sich: Was macht jetzt die EU? was ihre wirtschaftliche Vormacht? was die Weltwirtschaft? In alledem und um es herum lauert der Krieg. – Verlangt es in diesem Rahmen der Ratlosigkeit nach autoritären Führern? Was aber könnten, was würden sie aus- oder gar anrichten? Krise der Weltordnung meint Interregnum, und Interregnum Unordnung. In diesem

32 Vom traditionellen »Aspen Security Forum« Mitte Juli 2018 in Colorado berichtet Constanze Kurz, dass sich durch »fast alle Reden« der versammelten »Diplomaten, Journalisten, Ministeriale und Geheimdienstler« der USA »in diametralem Gegensatz zu den Aussagen von Donald Trump in den Tagen zuvor [...] das Thema Russland und die Wahlbeeinflussung [zog]. [...] Es sind quasi zwei Regierungen in den Vereinigten Staaten am Werk: einerseits der im Zentrum der Öffentlichkeit stehende Präsident und sein Gefolge, andererseits die eigentliche amerikanische Verwaltung, die Trumps Twitter-Ergüsse nicht kommentiert und stoisch weitermacht, als würde er wie ein Unwetter vorüberziehen.« Zu den Rechts-Links-Widersprüchen der Epoche zwischen zwei Weltordnungen zählt, dass die progressive Forderung nach Entspannung im Verhältnis zu Russland von rechtsaußen aufgenommen worden ist. Wir kommen weiter unten darauf zurück.

33 Zum Sonderfall des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens mit Kanada und Mexiko, das er im März 2017 aufzukündigen gedroht hatte, was er dann aber in »harte« Neuverhandlungen überführte, vgl. die Analyse von Dieter Boris (2017).

Fall heißt es, »dass ein längeres Verharren im Zwischenzustand zweier globaler Ordnungen katastrophale Folgen hat – im Hinblick auf eine funktionierende Weltwirtschaft, auf die Festlegung und Akzeptanz von Einflusszonen der großen Mächte und nicht zuletzt auf die Eindämmung und Beendigung von Kriegen in einigen Teilen der Welt, wozu auch gehören würde, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zuverlässig zu unterbinden.« (Münkler 2018, 6)

Noch um die Jahrtausendwende galt Globalisierung in den USA als ein anderes Wort für Amerikanisierung, das heraufziehende 21. Jahrhundert als das *American Century*. Es war der Höhepunkt von »Chimerika«, jener hierarchischen Symbiose der Ökonomien der USA und der VR China. »China musste sich fürs Erste mit dem zugewiesenen Platz am unteren Ende der Wertschöpfungskette abfinden. Zu Lasten eines ›Billiglohlandes‹ kam letzterer die Bedeutung einer Wert-*Abschöpfungskette* zu« (Haug 2012, 242), deren »Tauschrelationen [...] ebenso atemberaubend [waren] wie das Verhältnis der jeweiligen Lohnhöhen und das Gefälle zwischen den Produktivkraft-Niveaus« (243). Kraft einer nicht weniger atemberaubenden Herr-Knecht-Dialektik war das zur »Fabrik der Welt« gewordene China zu einem der größten Finanzierer der US-Staatsschulden geworden, und in der in den USA ausgebrochenen Großen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007ff erwies es sich kraft seiner Finanzreserven als fähig, die Krisenfolgen durch staatliche Infrastrukturinvestitionen abzufangen und seinen Wachstumskurs fortzusetzen. China wurde zur Geldmacht, die US-Weltwährung zum Machtgeld, das militärische Herrschaftsmittel zu seinem ›Wert‹-Anker. Am Weltmarkt war die US-Ökonomie nurmehr partiell vorn: in Digitalisierungsmitteln und einigen Anwendungen, die US-Monopole hervorbrachten.

Das Gesetz des politisch-militärisch Stärkeren schiebt die normativen Verkehrsformen beiseite, deren globaler Allgemeinheitsanspruch – im Rahmen hegemonialer Strukturen – der Konkurrenz freie Bahn garantiert hatten. Freihandel pur installiert das Recht der ökonomisch stärkeren Kapitale. Genau diese Stärke der US-Wirtschaft stand aber inzwischen, von den kybernetischen Pionier-Konzernen abgesehen, auf zunehmend tönernen Füßen. Dem trug Trump Rechnung, indem er die Macht vom regulierten Markt auf die politisch-militärische Übermacht verschob. Er begann, Zölle als Druckmittel für lauter einzelne ›Deals‹ einzusetzen. Seine Handelspolitik, »bei der der gigantische US-Binnenmarkt eingesetzt wird, um sich auf bilateralem Wege verbesserte Export- und Auslandsinvestitionsbedingungen zu erzwingen« (Soltz 2018), setzt, genauer gesagt, die Exportabhängigkeit Chinas und der Bundesrepublik als Hebel ein, lässt also die Exportinteressen dieser beiden Länder ihre Gefügigkeit erzwingen. Es ist derselbe Weltmachthebel, der, militärisch grundiert, die USA De-facto-Weltrecht setzen lässt, wenn sie Handel oder Geldverkehr mit unliebsamen Drittländern verbieten.

Die bisherige Hegemonialmacht verhält sich so, weil sie sich das hegemoniale Opfer nicht mehr leisten kann. Dass sie den Weg des Konsenses verlässt und ihren Willen den Noch-Bundesgenossen aufherrscht durch den Einsatz von Marktzugangsbedingungen, ist ein Schwächezeichen. Durch den »Fehlschlag des Irakprojekts und die Erosion der amerikanischen Position in der arabischen Welt

sowie den ökonomischen Aufstieg Chinas« (Münkler 2018, 11) war das Schwinden ihrer Hegemoniefähigkeit manifest geworden. Nun ›verkaufte‹ sie Marktzugang gegen kommerzielle Gefügigkeit oder Zölle.

Speziell die BRD fand sich aus ihrem im Rahmen der atlantischen Bündnisordnung Sicherheit gewährenden Klientelverhältnis zu den USA, einer souveränitätseinschränkenden Partnerschaft, entlassen. Die subaltern-führende Mittelmacht erkannte die Vormacht nicht wieder, der sie so hingebungsvoll gedient hatte. Die regionale Führungsfähigkeit der deutschen Regierung – innerdeutsch nicht viel weniger als innereuropäisch, ja sogar weltpolitisch – stand vor ebensolcher Sicherheitseinbuße wie die Exportorientierung der deutschen Industriemacht, von deren Erfolgen der Arbeitsmarkt nicht weniger zehrte als das staatliche Steueraufkommen. Das Verdrängte bei alledem war ja u.a., dass die BRD unter US-Führung im Namen einer atlantischen »Wertgemeinschaft« auf viele Weisen aktiver Teil war jenes ›atlantischen Blocks‹. Zu den tieferen Quellen der unterm Dach dieses Schlagworts auf die Schwächsten der Schwachen gelenkten Angst-Wut gehört immer weiter jenes – wenn überhaupt, nur halbbewusst – wie ein dunkel dräuendes Unheil wahrgenommene umfassende Weltgeschehen, in dem die Bundesregierung oft bemüht war, US-Ziele wie bei den Russlandsanktionen auch gegen deutsche Wirtschaftsinteressen beflissen durchzusetzen. Geschürt wird die dadurch verstärkte negative Energie von Wut und Hass auf der Symptomebene, die sie ablenkt auf jene Anderen, vor den Folgen eben dieses umfassenden Geschehens Flüchtenden sowie auf die im Weltgeschehen allenfalls palliativ handlungsfähige und ansonsten mitmischende Bundesregierung.

Und nun lässt die Lösung von dieser Fremdperspektive plötzlich vieles anders erscheinen und Ungesagtes sagbar werden. Vom Auf-sich-selbst-Gestelltsein folgt für Münkler (2018, 9f) zwingend die Abkehr vom Atlantismus der Nachkriegsgeschichte. Die herrschende Politik gegenüber Russland stehe »im Bann der Legitimationserzählung des ›Westens‹«. Dieses Narrativ mit seiner Beschwörung der atlantischen »Wertgemeinschaft« erklärt Münkler nun zur »nachträglichen [...] Geschichtspolitik für einfache Gemüter«, die »im Vorfeld politikstrategischer Überlegungen dekonstruiert werden« müsse. Für eine europäische Sicherheitspolitik aber folge aus der neuen Situation, dass eine »stabile politische Ordnung Europas, die nicht auf eine außereuropäische Macht als Garanten rekurrieren kann, keine europäische Großmacht exkludieren [darf], sondern alle zu deren langfristiger Zufriedenheit einschließen [muss]« (8); um ja verstanden zu werden, fügt er hinzu: »Konkret betrifft dieser Imperativ Russland«. Auch Streeck erklärt es für falsch, »im Interesse eines sich auflösenden ›Westens‹ Russland in Schach zu halten«, statt »gemeinsame Interessen mit einem Land zu kultivieren, das befürchten muss, in der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und China, entlang der ›Neuen Seidenstraße‹, zerrieben zu werden« (2018b).

Die größte Herausforderung sieht Münkler in den »postimperialen« (12) Räumen vormaliger Sowjet- und jugoslawischer Teilrepubliken (Ukraine, Kaukasus, Balkan) sowie im »Nahen Osten, der von der türkischen Südgrenze bis zum Indischen Ozean

und von Mesopotamien bis zur libyschen Wüste reicht und durch die US-amerikanische Militärintervention im Irak und die als ›arabischer Frühling‹ bezeichneten Mittelschichtsrebellionen gegen autoritäre und korrupte Regime in Kriege gestürzt worden ist« (ebd.). Angesichts der für die europäische Sicherheit bedrohlichen Situation im »Maghreb von Libyen bis Marokko, dazu die subsaharische Sahelzone, wo Bevölkerungsdruck, klimatische Veränderungen, religiöse und ethnische Konflikte, wirtschaftliche Unterentwicklung [...] zusammenkommen« (13), werde es ferner keine Ruhe geben ohne »strategische Kooperation zwischen der Europäischen Union, Russland, den USA und China« (ebd.).

Als Antwort der Bundesregierung auf die »neue strategische Realität«, dass Europa im gleichen Atemzug mit Russland und China als Gegner der USA bezeichnet und fast beiläufig die Nato in Frage gestellt werde, erklärte der Außenminister es zum Ziel, eine »balancierte Partnerschaft« als neue Beziehung zu den USA anzustreben bei gleichzeitiger Bildung einer »Allianz für den Multilateralismus« außerhalb dieser Beziehung. Die Begründung verrät ein inkonsistentes Schwanken zwischen der Absicht, einerseits das deutsche Gewicht in Weltzonen zu verstärken, aus denen die USA sich zurückzögen, weil sonst Russland oder China »in der Verfolgung eigener Interessen, die unseren häufig entgegenstehen«, es tun würden, während zugleich jene Allianz »allen multilateralen Überzeugungstätern« offenstehen solle, um »die Pfeiler der Ordnung zu stützen« (Maas 2018), also China und doch wohl auch Russland.

Ebenso wie diese außenpolitische Reorientierung setzt die von Münkler erhoffte strategische Kooperation der Großmächte voraus, dass der »schwächelnde« (Münkler) Welthegemon, noch immer die unangefochtene militärische Vormacht der Welt, ohne Krieg die Entstehung eines neuen pluralen Multilateralismus duldet.³⁴ Verlangt ist nicht weniger als ein Frieden wählender Ausgang aus dem gefährlichen Interim zwischen zwei Weltordnungen.

Die Frage nach den deutsch-chinesischen Beziehungen führt auf ein Feld mehrfach widersprüchlicher Interessen. China – mit seiner Doppelung in stürmischen Kapitalismus und gewaltgestützte Diktatur seiner Kommunistischen Partei – und Deutschland – mit seiner liberal-demokratischen Rechtsstaatlichkeit auf dem De-facto-Boden einer Heiligung des kapitalistischen Privateigentums – sind komplementär-gegensätzliche politisch-ökonomische Partner. Beide halten am vom WHO-Regime regulierten Freihandel fest, einem multilateralen Institutionalismus. Beide sind Exportüberschussländer, aber solche, die einander ergänzen. Das Pfund, mit dem die deutsche Investitionsgüterproduktion in dieser Beziehung wuchert, beruht einerseits auf »Distanztechnologien«, die einen Vorsprung in der Weltmarktkonkurrenz gewähren, andererseits auf dem entsprechenden Qualifikationsniveau der betrieblichen Stammebelegschaften. Sorge macht man sich auf deutscher Seite um die technologische Distanz angesichts der Aufholanstrengungen Chinas, gestützt

34 Stephen Szabo (2018) sieht in der Tat Trump bestrebt, »die Vereinigten Staaten von den Lasten ihrer Bündnisse zu befreien und stattdessen ein Netzwerk aus bilateralen Beziehungen mit Russland, China und anderen großen souveränen Nationen zu pflegen«.

auf seine enorme Größe und Finanzmacht. Der Furcht davor entspringt der Impuls, China kleinzuhalten. Ihm widerstreitet der Magnetismus der von tausenden deutschen Unternehmen wahrgenommenen Akkumulations- und Gewinnchancen, die sich dem deutschen Kapital auf eine Weise bieten, die dazu beiträgt, China größer zu machen.

7. Die tektonische Verschiebung im Untergrund

Analysen der Weltordnungskrise lenken den Blick zumeist auf Politikmuster, nicht die Produktionsweise und das Zusammenwirken beider. Derart sieht man die Methode, nicht das materielle Problem, das sie lösen soll, den Dirigenten, nicht das Orchester, und für die wirkliche Musik ist man taub. Nur ausnahmsweise blitzt am Bühnenrand der »technologische Wandel« auf, etwa die »Umgestaltung der Arbeitsroutinen und der tiefgreifenden Transformationen in der Arbeitswelt, die aus der Entfaltung von digitalen Plattformen wie Uber entspringen« (Musacchio 2017, 42). Bezogen auf dieses Beispiel müsste es wohl heißen: aus der hochtechnologischen Grundlage der *Zirkulation*, wobei sich im Uber-Fall nur das Produktionsverhältnis, nicht die Arbeit in ihrer ›Naturalform‹ wandelt. Selbst Habermas (2018) sieht als das »historisch Neue an der heutigen Situation«, das »dem antikisierenden Blick auf das immergleiche Auf und Ab der Imperien« entgehe, nur die politische Fragmentierung einer »funktional immer dichter zusammenwachsenden Weltgesellschaft« angesichts von »politisch unbeherrschten funktionalen Imperativen eines weltweiten, von unregulierten Finanzmärkten angetriebenen Kapitalismus«. Was er – zumindest hier – nicht reflektiert, ist die historisch neue, von der hochtechnologischen Produktionsweise hervorgebrachte Technobasis dieses Zusammenwachsens. Zu Recht kritisiert er, dass das Wahlvolk von den Politikern »normativ unterfordert« wird. Doch gerade die auch von ihm ausgeblendete Frage des Wandels der Produktionsweise ist eines der entscheidenden Felder, deren öffentliche Erörterung dieser Unterforderung entgegenwirken würde.

Denn zu den Unruheherden gehört nicht zuletzt die im globalen Rennen der Konkurrenz besonders auch in Deutschland als politische Chefsache rastlos vorangetriebene Entwicklung der Produktivkräfte auf Basis der Informationstechnologie. »Die Geschwindigkeit des Fortschritts und damit der Druck, schneller zu reagieren, hat deutlich zugenommen. Es ist das Zeitalter der Exponentialfunktionen, in der Digitalisierung, aber auch im Ressourcenverbrauch.« (Knop 2018) Was heute nicht mehr nur ›auf uns zukreucht‹, sondern uns längst umfängt und – sich beschleunigend, sodass wir kaum folgen können, weiterentwickelt –, ist die auf Grundlage der Leitproduktivkraft des Rechners basierende Umwälzung der Produktionsweise. Mit ihr verändern sich die Verhältnisse, die wir in der Produktion wie im vielschichtigen Vollzug unseres Lebens eingehen. Wenn Sahra Wagenknecht (2018) im Blick auf die politische Krise »die Enttäuschung, Verärgerung, ja aufgestaute Wut erheblicher Teile der Bevölkerung über politische Entscheidungsträger« zur »Ursache solcher Verschiebungen in der politischen Tektonik« erklärt, die das Politische zwischen zwei Weltordnungen charakterisiert, verwechselt sie die Verstörten mit dem »Verstörenden«, welches wir in einem

Bündel »für ganze Landstriche desaströser Auswirkungen jener forcierten tektonischen Verschiebung in der Produktions- und folglich Arbeits- und Lebensweise« analysiert haben (7 Sätze 2017, 302). Kurz, sie sucht die Ursache im Bereich der Folgen.

Derweil bewirkt dieser Prozess eine Vielzahl von Umbrüchen auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens, umbricht Gewohntes, Bedingungen und Qualifikationen des Arbeits-³⁵ und Erwerbslebens ebenso wie solche des Rentnerdaseins, speziell der »Handelslandschaft«³⁶ bis hin zur Verunsicherung, wenn im Internethandel »Algorithmen selbständig die Preise anpassen« bzw. nach Versteigerungslogik »dynamisieren« (vgl. Schwenn/Wieduwilt 2018). Im Apotheken- und überhaupt Ladensterben, der Schließung hunderter von Bankfilialen oder von Landarzt-Praxen wetteifert die Verödung des Landes³⁷ mit der Verödung von Innenstädten. Die nicht nur das Geschäftsleben, sondern vor allem die Lebenswelt der »einfachen« Menschen treffende »ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung« (Marx, *Manifest*, MEW 4, 465), bei deren immer schnellerem Wechsel man nie gefragt wird und angeeignete Handlungsfähigkeiten ihren Griff auf die Wirklichkeit verlieren – hier tendieren sie dazu, den ohnmächtig erfahrenen Verlust in latente Wut zu verwandeln, die nur auf Anlässe lauert, um sich zu entzünden. Sie wird dadurch gesteigert, dass »die Digitalisierung [...] von der Gesellschaft nach wie vor nicht als ein im Ganzen zu behandelndes Thema angesehen« wird (Knop 2018).³⁸

Da die »Revolutionen im Informations- und Kommunikationssektor neben dem weltweiten Arbeitsmarkt und der Konzentration des Kapitals auch die internationalen Machtverhältnisse [verändern]«, sieht John Neelsen »eine neue digitale

35 Zu untersuchen wäre, ob der von Gallup repräsentativ erhobene (am 29.8.18 veröffentlichte) Befund, dass »die meisten Arbeitnehmer in Deutschland [ca. 71 %] nur noch Dienst nach Vorschrift [leisten] oder ihr Unternehmen gedanklich bereits verlassen [haben (14 %)]« (»Studie: Fünf Millionen Deutsche haben innerlich schon gekündigt«, in: FAZ, 30.8.2018), mit der von der Informatisierung ausgehenden Verunsicherung zu tun hat.

36 »Das Muster wiederholt sich in immer mehr Städten: Zuerst steigen die Leerstände, dann wird das Geschäftsbild monoton und austauschbar, und am Ende bluten die Ortskerne aus. Belebte Innenstädte mit ihren Geschäften, die immer auch Zentrum der Gemeinschaft und Platz zur Kommunikation waren, werden vielerorts zum Ödland.« (Hauser/Koch 2018, 21)

37 Ein Indikator ist die »zunehmende Zahl von Besitzern, die sich ihrer überschuldeten und wertlosen Immobilien entledigen, indem sie diese aufgeben«, was rechtlich möglich ist. Solche herrenlosen Häuser verursachen kommunale Kosten, »weil die Gebäude gesichert werden müssen«; aber »schlimmer noch sind die Signale, die von ihnen ausgehen. »In Gegenden mit vielen leerstehenden Gebäuden hat die Bevölkerung schnell das Gefühl, von der Politik vergessen worden zu sein«, sagt Marta Doehler-Behzadi, Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung Thüringen [...]. In dem Land stehen von etwa 600 000 Gebäuden 45 000 leer.« Auch im Westen nehmen diese Fälle zu (Lembke 2017, 1).

38 Der FAZ-Redakteur, der dieses beklagt, nimmt indes wie selbstverständlich die Perspektive des Hightech-Kapitals und der deutschen Standortkonkurrenz ein, wenn er das Unbehagen vieler Menschen am Zwangscharakter der Entwicklung aufs Korn nimmt. Dass eine »kleine Umfrage unter Gymnasiasten in Baden-Württemberg jüngst ergeben« habe, »dass sie die Künstliche Intelligenz in ihrer Mehrheit potenziell für gefährlicher halten als die Atombombe«, lässt ihn »ein Land voller Sorgen« beklagen, »das selbstverständlich auch Schwierigkeiten mit der fortschrittlichen [gemeint ist: die Gentechnologie revolutionierenden] Crispr-Cas-Gen-Schere hat und die Zukunft dort nun anderen überlässt« (ebd.).

Weltordnung« entstehen, »die global, monopolistisch und privatkapitalistisch ausgerichtet, neben individuellem Verhalten und sozialen Beziehungen auch Transport, Handel, Produktion und Distribution grundlegend verändert« (2018, 6). Sie ist der Kern eines »weltweiten *Trends zur Aufrüstung und Militarisierung der Außenpolitik*«, den nun Neelsen wiederum ins Bild eines »tektonischen Wandels des geopolitischen Systems mit dem ›Westen‹ im Fokus« (3) bringt. Diesen Wandel, der »das Ende der fast 500-jährigen ›westlichen‹ Vorherrschaft eingeleitet« hat (2), begreift er als »unabwendbar; fraglich ist allein, ob er friedlich oder gewaltsam vor sich gehen wird« (3).

Hier kommt es zu einer Vermengung allgemeiner, von Neelsen als unaufhaltsam eingeschätzter mit eher konjunkturellen Veränderungen – also solchen, die beeinflussbar sind, wenn an ihren Installierungsbedingungen angesetzt wird. Denn Neelsen scheint die »neue digitale Weltordnung«, deren Kommen das Wesen der aktuellen Zwischenzeit bestimme, im Übergang »von dominant weltwirtschaftlicher Integration zur Priorität nationaler Interessen im Kontext verschärften internationalen Wettbewerbs« zu sehen, der »zunehmend militärisch unterfüttert wird«. Aber war es nicht gerade der transnationale Hightech-Kapitalismus, der den »internationalen Wettbewerb« verschärfte? Und die »Priorität nationaler Interessen« wie ja auch die »militärische Unterfütterung«, hatten sie denn je aufgehört? Hegemoniale Politik eines Landes wurde von diesem nur getragen, sofern sie im nationalen Interesse war, und das hegemoniale Opfer nur, solange die handfesten Vorteile überwogen.

Auch die Prognose einer allgemeinen »Rückkehr des Staates als zentraler Akteur« gilt allenfalls für den Hegemon in hegemonialen Gebilden. Die »multipolare Ordnung«, deren Aufstieg zu fördern Neelsen der internationalen Linken aufträgt (2018, 9), wird keine Ordnung der hundertdreißig Mitgliedstaaten der UNO sein, sondern die einer kleinen Zahl von Hegemoniestrukturen, womöglich einander überlappend und mehrschichtig, falls der Große Krieg zwischen ihnen vermeidbar ist. Mit Altvater (2013) ist zu vermuten, dass die »Regionalisierung [...] der Weltwirtschaft« anhält und es auch »nach dem unterstellten Verschwinden des Euro, den Dollarraum, einen DM-Club und eine BRICS-Währungsunion mit dem Renminbi als Hegemonialwährung geben« wird.

Auf Weltmarktsachzwänge zu verweisen oder das Drohen mit China sind nicht nur unterfordernde, sondern un- bzw. antipolitische Antworten auf die damit aufgeworfenen Fragen. Die im originären Sinn politische Frage aller Fragen hat Ingo Schulze (2018) in die schlichten Worte gefasst: »Finden wir uns damit ab, dass unser Alltag, unsere Demokratie noch marktkonformer wird, die Ungleichheit national wie international wächst und den Planeten verheert? Oder beginnen wir, die Märkte demokratiekonform zu gestalten und an den eigentlichen Bedürfnissen der Gesellschaft, letztlich am Überleben der Menschheit auszurichten?« Die Frage ist noch antwortlos oder die Antworten, die gegeben werden, sind noch woglos. John Neelsen hat gewiss Recht damit, dass es um des Überlebens der Menschheit und des Erhalts ihrer Lebensbedingungen willen »langfristig um ›system change‹ gehen« muss als Kampf gegen und Überwindung einer Form von »Marktwirtschaft,

die Kriege fördert, die Umwelt zerstört, Entwicklung verhindert«. Jede politische Initiative in diese Richtung sollte die Linke unterstützen. »Es wird ein gemeinsames globales öko-sozialistisches Projekt sein müssen, das nicht nur neue Energieträger, sondern einen völlig anderen, nicht rein ausbeuterisch-instrumentellen Umgang mit der Natur, andere Konsum- und Siedlungsmuster sowie systemisch mehr Gerechtigkeit und Gleichheit zwischen sozialen Gruppen und Staaten beinhaltet.« (Neelsen 2018, 9) In diese Perspektive fügt sich auch Ingo Schmidts Ziel der Überwindung des »wertschöpfungsgemeinschaftlichen ›Wir« (2018). Doch der praktisch nachhaltige Sinn dieses revolutionären Fernziels verlangt nach seiner Verknüpfung mit einer realistischen Politik auf die Nähe. Anders setzt diese Vision ihre praktische Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Hier ist einmal mehr Jürgen Habermas zuzustimmen, wenn er sagt: »Für eine gut begründete politische Alternative spricht, solange sie abstrakt bleibt, freilich nur ihre perspektivenbildende Kraft – sie zeigt ein politisches Ziel, aber nicht den Weg von hier nach dort.« (2013, 69) Den Weg aber findet man nur, wenn man sich an den Widersprüchen abarbeitet, in denen unter den absehbaren Bedingungen jede denkbare Regierung sich den ihren bahnen muss. Dazu gehört heute der Widerspruch zwischen den Imperativen der Weltmarktkonkurrenz und den sozialen Überlebensnotwendigkeiten der Demokratie.

Danksagung

Zu danken habe ich Frigga Haug, Jan Loheit, Jan Rehmann und Ilse Schütte, die vier aufeinanderfolgende Fassungen dieses Textes lektoriert haben und mir bis zuletzt mit produktiven Einwänden im Nacken saßen. Bei der Materialbeschaffung unterstützten mich Rainer Alisch, Ines Schwerdtner und Christof Ohm, der mir v. a. mit bibliographischen Nachweisen zur Seite sprang und zu guter Letzt noch zur Endkorrektur beigetragen hat.

Literatur

1. Versigelte Rückbezüge

7 Sätze - »Sieben Sätze und ein Nachsatz zur Krise des Politischen. Editorial«, in: *Das Argument* 323, 59. Jg., 2017, H. 3, 297-306

DdF – »Zur Dialektik der ›Flüchtlingskrise«. Editorial«, in: *Das Argument* 318, 58. Jg., 2016, H. 4, 461-66, 2016a

Drt – »Disruption. Trumps Präsidentschaft als emblematisches Produkt der herrschenden Schlafwandler«, in: *Das Argument* 318, 58. Jg., 2016, H. 5, 631-34, 2016b

HTK II – Haug 2012

2. Zitierte Literatur

Altenbockum, Jasper von, »Ein Vorschlag zur Güte«, in: FAZ, 18.6.2018a, 1

ders., »Geisterfahrt«, in: FAZ, 2.7.2018b, 1

Altwater, Elmar, *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*, Münster 2010

ders., »Der politische Euro. Eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft hat keine Zukunft«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5, 2013, 71-79

- Andersch, Alfred, »Der Anti-Symbolist«, in: *Frankfurter Hefte*, 3. Jg., 1948, H. 12
- Bollmann, Ralph, »Crash«, Rez. von A. Tooze 2018, in: FAS, 5.8.2018, 24
- Boris, Dieter, »Ende oder Neuaufgabe der NAFTA?«, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 112, 28. Jg., Dez. 2017, 52-61
- Brie, Michael, »Vorwärts in die Vergangenheit?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 58. Jg., 2013, H. 7, 59-70 (www)
- Brunkhorst, Hauke, »Europa am Abgrund: Zwölf Jahre Merkel«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62. Jg., 2017, H. 7, 55-62
- Dath, Dietmar, »Feuer und Wasser«, in: FAZ, 17.7.2018, 9
- Eley, Geoff, »Fascism Then and Now« (2015), in: Leo Panitch u. Greg Albo (Hg.), *The Politics of the Right. Socialist Register*, 52. Jg., 2016, 91-117
- Foroutan, Naika, »Es ist unser Land, verteidigen wir es gemeinsam«, Gespräch mit Andrea Dernbach, in: *Tagesspiegel*, 22.7.2018, 3
- Frankenberger, Klaus-Dieter, »Zeitenwende«, in: FAZ, 11.5.2018, 1
- Frasch, Timo, u. Johannes Leithäuser, Eckart Lohse und Markus Wehner, »Rückkehr der Regierung«, in: FAZ, 4.7.2018, 2
- Frasch, Timo, »In der Defensive«, in: FAZ, 25.7.2018, 1
- Fratzscher, Marcel, »Zufriedenheit und Ungleichheit«, in: FAZ, 6.4.2017, 19
- Freud, Sigmund, *Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse Und Neue Folge* (1915-17), zit.n. Sigmund Freud Studienausgabe, hgg. v. Alexander Mitscherlich u.a., Bd. 1, Frankfurt/M 2000
- Fücks, Ralf, »Vermessung der Landschaft«, in: ders. u.a., *Krise des Westens*, Heinrich-Böll-Stiftung, Juni 2017, 5-13 (www)
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition von Valentino Gerratana (1975), hgg. v. Deutschen Gramsci-Projekt unter wissenschaftlicher Leitung von Klaus Bochmann u. Wolfgang Fritz Haug, 10 Bde., Berlin-Hamburg 1991-2002 (zit. *Gef*)
- Haberkorn, Tobias, »Jeder Faschismus ist anders. Der Eindruck, dass Kultur und Staat verfallen, hat schon einmal zur politischen Verrohung beigetragen. Geschieht das jetzt wieder?«, in: *Die Zeit*, 31.7.2018 (www)
- Habermas, Jürgen, »Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 58. Jg., 2013, H. 5, 59-70
- ders., »Sind wir noch gute Europäer?«, in: *Die Zeit*, 4.7.2018 (www)
- Haug, Wolfgang Fritz, *Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus. Materialanalysen*, Argument-Sonderband, AS 80, Hamburg 1986
- ders., *Politisch richtig oder richtig politisch. Linke Politik im transnationalen Hightech-Kapitalismus*, Hamburg 1999
- ders., »Für praktische Dialektik«, in: *Das Argument* 274, 50. Jg., 2008, H. 1, 21-32 (www)
- ders., *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Bd. 14: Berliner Beiträge zur kritischen Theorie, Hamburg 2012
- Hauser, Jan, u. Brigitte Koch, »Mehr als nur Geschäfte«, in: FAZ, 14.7.2018, 21
- Heisterhagen, Nils, »Die Zeit der Illusionen ist vorbei«, in: FAZ, 18.6.2018, 14
- Heitmeyer, Wilhelm, »Die schleichende Gefahr. Wie Rechtspopulisten die Normalität verschieben«, in: *Tagesspiegel*, 3.2.2017 (www)
- Hillebrand, Fabian, »Städte der Zuflucht: Mit geöffneten Armen«, in: *Neues Deutschland*, 25.7.2018

- Hobsbawm, Eric, »Es wird Blut fließen, viel Blut«, Interview von Arno Luik, in: *Der Stern*, H. 20, 13.5.2009 (www)
- Holzcamp, Klaus, *Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung* (1973), Schriften IV, i.A. d. Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT) hgg. v. Frigga Haug, Wolfgang Maiers und Ute Osterkamp, Berlin-Hamburg 2006
- Johannsen, Margret, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell u. Jochen Hippler (Hg.), *Friedensgutachten 2016*, Berlin u.a. 2016
- Knop, Carsten, »Alte Strukturen, zu wenig Mut«, in: FAZ, 28.7.2018, 19
- Kohler, Berthold, »Fremd und egal«, in: FAZ, 12.5.2018, 1
- Koppetsch, Cornelia, *Die Wiederkehr der Konformität – Streifzüge durch die gefährdete Mitte*, Frankfurt/M-New York 2013
- Kosík, Karel, *Dialektik des Konkreten. Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt*, Frankfurt/M 1967
- Kotschy, Rainer, u. Uwe Sunde, »Democracy, Inequality, and Institutional Quality«, in: *European Economic Review*, Bd. 91(C), 2017, 209-28
- Kowalke, Klaus, »Hier herrscht Angst, blanke Angst«, Gespräch von Sandra Kegel mit Klaus Kowalke, dem Inhaber der Buchhandlung »Lessing und Kompanie« in Chemnitz, nach den Krawallen, in: FAZ, 30.8.2018, 9
- Kurz, Constanze, »Die zwei Regierungen der Vereinigten Staaten«, in: FAZ, 23.7.2018, 12
- Lembke, Judith, »Herrenlose Häuser«, in: FAS, 15.10.2017, 1
- Liedman, Sven-Eric, *Das Spiel der Gegensätze. Friedrich Engels' Philosophie und die Wissenschaften des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/M-New York 1986
- Löwenstein, Stephan, »Suche nach Konsens bei Euro-Rettung«, in: FAZ, 2.9.2011, 6
- Maas, Heiko, »Erklärung vor dem deutschen Botschafterkorps«, zit.n. FAZ, 28.8.2018, 5
- Marx, Karl, Friedrich Engels, *Werke*, Berlin 1956ff (zit. MEW)
- Möller, Kolja, »Von der Krise der Volkssouveränität zur transnationalen destituierenden Macht«, in diesem Heft
- Müller, Reinhard, »Über den Schatten springen«, in: FAZ, 18.6.2018, 1
- Münkler, Herfried, »Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa? Einige politikstrategische Überlegungen«, in: *Merkur*, 72. Jg., 2018, H. 830, 5-17
- Musacchio, Andrés, »Machtverschiebung, internationale Konkurrenz und die postliberale Transformation: Welche Rolle spielt die G20?«, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 112, 28. Jg., Dez. 2017, 41-51
- Neelsen, John P., »Sackgasse neoliberale Globalisierung. Zwischen Krise und Krieg: Determinanten der Geopolitik in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts«, in: *Sozialismus* 7/8, 45. Jg. 2018, H. 431, 2-9
- Pauli, Charles, »Divergenz in der Eurozone: Wie wirkt eine Währungsunion?«, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 108, 27. Jg. 2016, 178-85
- Peters, Benedikt, »Läuft bei denen«, in: SZ-online, 30.6.2018
- Ruoff, Karen, »Kayfabe«, in: *Argument* 323, 59. Jg., 2017, H. 3, 281-87
- Schäfers, Manfred, »Scholz reagiert auf Trump mit der Vision dauerhaft hoher Renten«, in: FAZ, 7.7.2018, 22
- Schlötzer, Christiane, »Keine Experimente mit der Zukunft«, in: SZ, 2.4.2013, 2
- Schmidt, A. [Anna Kow], »#6 – S. 1«, in: *Outside the box. Zeitschrift für Feministische Gesellschaftskritik*, Leipzig Dez. 2016, 1f
- Schmidt, Ingo, »Der hilflose Antipopulismus«, in: *Sozialistische Zeitung*, März 2018
- Schulze, Ingo, »Wo sind die Nicht-Merkel-Seehofers?«, in: SZ.de, 12.8.2018

Schwenn, Kerstin u. Hendrik Wieduwilt, »20 Prozent auf alles - aber nicht für jeden«, in: FAZ, 21.07.2018, 23

Siemons, Mark, »Dieses verdammte Ja-Sagen«, in: FAS, 22.7.2018, 37

Solty, Ingar, »Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus«, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2018, im Erscheinen

Stern, Fritz, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland* (2.A. 1974), a.d.Am. v. Alfred P. Zeller, Neuausgabe mit Vorwort von Norbert Frei, Stuttgart 2005

Stiglitz, Joseph, »The euro could be nearing a crisis – can it be saved?«, in: *Manchester Guardian online*, 13.8.2018

Streeck, Wolfgang, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013

ders., »Europe under Merkel IV: Balance of Impotence«, in: *American Affairs*, II, Nr. 2, Sommer 2018a, 162-92

ders., »Hört auf, Europa als einen Wechselbalg zu behandeln! Raus aus der Sektiererei: Was muss eine zur Vernunft gekommene Linke öffentlich zur Sprache bringen?«, in: FAZ, 4.8.2018b, 9

Sunde, Uwe, »Die Achillesferse der Demokratie«, in: FAZ, 6.3.2017, Wirtschaft, 16

Szabo, Stephen, »Deutschland im Fadenkreuz Trumps«, in: FAZ, 26.7.2018, 8

Tooze, Adam, *Crashed. How a Decade of Financial Crises Changed the World*, London 2018; dt.: *Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben*, a.d. Engl. v. Norbert Juraschitz, Karsten Petersen u. Thorsten Schmidt, München 2018

Traverso, Enzo, »Gespenster des Faschismus im Zeichen der Islamophobie. Metamorphosen der radikalen Rechten im 21. Jahrhundert«, in: *Das Argument* 319, 58. Jg., 2016, H. 5, 635-50

Ulrich, Bernd, »Das Drama der Angela Merkel: Zeit zu gehen?«, in: *Die Zeit*, Nr. 27, 28.6.2018, 2

Wagenknecht, Sahra, »Warum wir eine neue Sammlungsbewegung brauchen«, *Die Welt*, 25.6.2018

Wahl, Peter, »The G20 Overestimated and Underperforming. Drawing a balance of the G20 achievements – four years after the crash«, WEED Discussion Paper No. 1, 2012 (www)